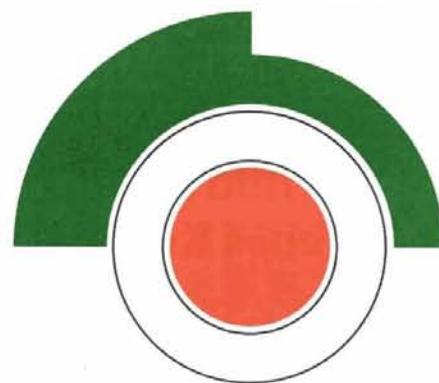


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 6



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 32. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 27.3.2001

WORT UND WIDERWORT

Wie kann der Anteil der Binnenschifffahrt am Güterverkehr in NRW gesteigert werden?

Der Verkehrsträger Schiff sei Teil eines integrierten Gesamtverkehrssystems, bei dem Transportketten im Ganzen zu betrachten und die technologischen Möglichkeiten für ein sinnvolles Zusammenspiel der verschiedenen Verkehrsträger, die Einrichtung von Schnittstellen des Verkehrs sowie der Einsatz von elektronischen Logistikkonzepten zu optimieren seien. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Gerd Wirth**. Der CDU-Abgeordnete **Gerhard Wächter** stellt fest, die Binnenschifffahrt in NRW habe Zukunft. Gerade für Nordrhein-Westfalen mit dem europäischen Hauptwasserweg Rhein und der damit gegebenen Anbindung an die Seehäfen Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen habe der Gütertransport auf dem Wasser noch erhebliche Potenziale. Der FDP-Abgeordnete **Christof Rasche** bekräftigt, das gegenwärtige und künftige Güterverkehrsaufkommen mache es notwendig, alle Verkehrsmittel des Landes für ihre Beförderung zu nutzen. Darum sei auch das Wasserstraßennetz in NRW unverzichtbar. Leider würden seine Möglichkeiten derzeit bei weitem nicht ausgeschöpft. Der GRÜNE-Abgeordnete **Peter Eichenseher** betont, um einen höheren Marktanteil zu erreichen, müsse das Binnenschiff in die Güterverkehrskonzept-Strategie des Landes eingebunden werden. Das Güterverkehrskonzept des Landes sollte im Sinne einer integrierten Verkehrsplanung die Verknüpfung des Verkehrsweges „Wasser“ mit Schiene und Straße mit hoher Priorität verfolgen. (Seite 2)

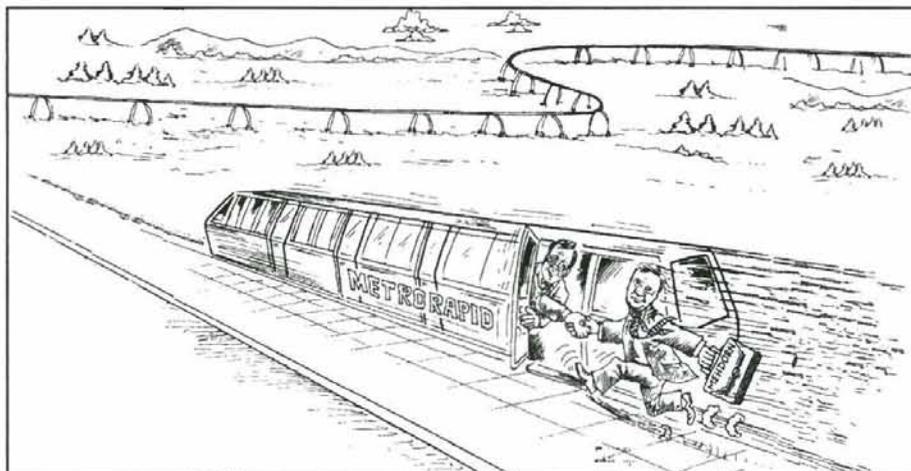
Besondere Verantwortung für jüdische Kultusgemeinden Keine Finanzförderung für Islamrat

Der Hauptausschuss unter dem Vorsitz von **Edgar Moron (SPD)** hat es mehrheitlich abgelehnt, den Islamrat als Religionsgemeinschaft finanziell zu unterstützen.

Die FDP hatte den Antrag gestellt, für die Schaffung eines Verbindungsbüros des Islamrats und des Zentralrats für die Muslime in Deutschland sowie dessen Unterhaltung zusätzlich 350.000 Mark im Einzelplan des Ministerpräsidenten auszuweisen. Der Zweck des Antrags sei, die Religionsgemeinschaften gleich zu behandeln, begründete FDP-Fraktionschef **Jürgen W. Mölle** den Antrag. Der CDU-Abgeordnete **Lothar Hegemann** hielt dagegen, man behandle so keine andere Religionsgemeinschaft mit Ausnahme der Juden, „wo wir uns immer einig waren, dass wir eine besondere Verantwortung haben“. Aber ansonsten müssten sich Religionsgemeinschaften schon selbst finanzieren.

Der Chef der Staatskanzlei, **Georg Wilhelm Adamowitsch**, bestätigte, dass man bei der Förderung der jüdischen Kultusgemeinden einen Staatsvertrag habe. Das sei eine völlig andere Regelung. Zum Verbindungsbüro Islamrat sagte er, der Islamrat werde eindeu-

tig von der mitgliederstärksten und finanzkräftigsten Organisation **Milli Görüs** dominiert. In einer vom Innenministerium herausgegebenen Zeitschrift würden die extremistischen Zielsetzungen dieser Gemeinschaft durch zahlreiche Beispiele belegt.



Höchste Eisenbahn

Die Woche im Landtag

Schulpolitik

In einer Regierungserklärung nahm die Schulministerin zum Stufenplan „Verlässliche Schule 2001 bis 2005“ Stellung. (Seite 3)

Etatberatung

In zweiter Lesung erörterte der Landtag die Einzelpläne des Haushaltsgesetzes 2001 sowie die Zuweisungen an die Gemeinden. (Seite 4)

Karl Arnold

Der Landtag hat in einer Feierstunde des früheren Ministerpräsidenten **Karl Arnold** anlässlich seines 100. Geburtstages gedacht. (Seite 8)

Volksinitiativen

Weitgehend einig beurteilten Sachverständige Volksbegehren und Volksentscheid als für die Politik positiv. (Seite 10)

Radverkehr

Der Verkehrsausschuss erhöhte im Haushaltsentwurf gekürzte Mittel für den Radwegebau um sechs Millionen Mark. (Seite 12)

Babylon

Die unterschiedlichen elektronischen Sprachen und Standards im Gesundheitswesen will das neue ZTG in Krefeld vereinheitlichen. (Seite 17)

Zeichnung: Waldemar Mandzel (WAZ)

WORT UND WIDERWORT

Neues Konzept für Verlagerung von Gütern auf Schiffe nötig

Von
Gerd Wirth

Die Binnenwasserstraßen sind besonders umweltfreundliche Verkehrswege, mit erheblichen Kapazitätsreserven. Das heutige Beförderungsaufkommen verteilt sich zu 61,3 Prozent auf den Straßen-güterverkehr, zu 22,3 Prozent auf die Eisenbahn und zu 16,4 Prozent auf die Binnenschifffahrt. NRW verfügt über ein Wasserstraßennetz von rund 720 Kilometern. Für Verladevorgänge stehen in NRW rund 115 Häfen, davon 40 öffentliche, zur Verfügung.

Das Hauptmarktsegment im Binnenschifftransport ist nach wie vor das Massengut. Allein auf die Güterbereiche Baustoffe, Mineralöl, Kohle und Eisen entfallen rund 80 Prozent aller Binnenschiffahrts-transporte.

Die Enquetekommission „Zukunft der Mobilität“ hat auf die Frage der Verlagerung von Gütern auf das Schiff drei Antworten gegeben:

1. Beseitigung von Engpässen

SPD: Wasserstraßenverkehrskonzept muss die Perspektive aufzeigen

bei Wasserwegen, Schleusen und Häfen.

2. Ausbau der Binnenhäfen zu Knotenpunkten integrierter Transportketten, in denen alle Verkehrsträger unmittelbar eingebunden sind.

3. Förderung von Kooperationen mit dem Straßenverkehr und Konzentration auf wenige Hafenstandorte, die die Kriterien eines modernen Binnenhafens erfüllen.

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich darüber hinaus dafür ein, dass die Schifffahrtsabgaben abgeschafft werden, um eine Verlagerung von Gütern auf das Schiff zu unterstützen.

Der Verkehrsträger Schiff ist Teil eines integrierten Gesamtverkehrssystems, bei dem Transportketten im Ganzen zu betrachten und die technologischen Möglichkeiten für ein sinnvolles Zusammenspiel der verschiedenen Verkehrsträger, die Einrichtung von Schnittstellen des Verkehrs sowie den Einsatz von elektronischen Logistikkonzepten zu optimieren sind.

Vor diesem Hintergrund erwarten wir von der Landesregierung eine Wasserstraßenverkehrskonzeption für NRW, aus der vor allem die Bedeutung, die Aufgaben und die Perspektive nordrhein-westfälischer Häfen ersichtlich sein wird.

Von
Gerhard Wächter

Die Binnenschifffahrt in NRW hat Zukunft. Dazu müssen allerdings Bund und Land stärker als bisher in die Wasserstraßen investieren. Zu geringe Wassertiefe, zu kleine Schleusen, zu niedrige Brücken und fehlende Umschlagkapazitäten auf Schiene und Straße verhindern bisher, dass die Binnenschifffahrt in unserem Land die Stärke hat, die sie haben könnte.

Gerade für Nordrhein-Westfalen mit dem europäischen Hauptwasserweg Rhein und der damit gegebenen Anbindung an die Seehäfen Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen hat der Gütertransport auf dem Wasser noch erhebliche Potenziale. Durch die auf dem Rhein tätige Binnenschifffahrt werden jährlich deutlich mehr als eine Million Standardcontainer transportiert. Diese Transportmenge gilt es weiter zu steigern. Angesichts prognostizierter Zuwächse im Verkehr mit den

CDU: Investitionsstau bei Wasserwegen endlich beseitigen

niederländischen und belgischen Häfen von etwa 50 % bis zum Jahre 2010 ist eine Investitionsoffensive des Landes dringend geboten, damit die Wasserstraßen ihren Anteil am Gesamtverkehrsaufkommen zumindest halten, wenn nicht ausbauen können.

Die von der Landesregierung betriebene Konzentration auf das Duisburger Projekt „LogPort“ ist keine ausreichende Antwort. Denn die Chancen der Hafeninfrastruktur entlang des Rheins werden dadurch nur unzureichend genutzt. Außerdem wird hier wieder einmal mit öffentlichen Geldern eine wettbewerbsverzerrende Subvention organisiert, statt ein integriertes Handlungskonzept zu entwickeln. Die CDU fordert daher ein Konzept für den Ausbau der nordrhein-westfälischen Binnenhäfen zu Knotenpunkten integrierter Transportketten, in denen alle Verkehrsträger unmittelbar angebunden sind. Dabei ist auch die landseitige Infrastruktur zu verbessern. Es kommt darauf an, gemeinsam mit dem Bund und in Abstimmung mit den Kommunen ein Engpassbeseitigungs- und Förderprogramm für Wasserwege, Schleusen und Häfen in NRW zu erarbeiten. Nur mit einer Investitionsoffensive in die Verkehrsinfrastruktur können die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort NRW nachhaltig verbessert werden.

Von
Christof Rasche

Das gegenwärtige und künftige Güterverkehrsaufkommen macht es notwendig, alle Verkehrsmittel des Landes für ihre Beförderung zu nutzen. Darum ist auch das Wasserstraßennetz in NRW unverzichtbar. Leider werden seine Möglichkeiten derzeit bei weitem nicht ausgeschöpft, obwohl es für erhebliche Entlastung der Straßen sorgen könnte. Überdies bietet die Binnenschifffahrt die Vorteile freier Kapazitäten, der Zuverlässigkeit und großen Sicherheit, des geringen Energieverbrauchs, geringer Emissionen und der Just-in-time-Fähigkeit, das heißt der zeitnahen Produktion, Lieferung und Weiterverarbeitung von Produkten.

Um der Binnenschifffahrt einen größeren Anteil am Güterverkehrsaufkommen zu ermöglichen, müssen vier Vor-

FDP: Konkurrenzfähigkeit des Binnenschiffs verbessern

aussetzungen erfüllt werden. Erstens geht es darum, die Wettbewerbsfähigkeit der Binnenschifffahrt zu erhöhen, wettbewerbsverzerrende Subventionen und Genehmigungen zu unterbinden und die Konkurrenzfähigkeit des Binnenschiffs zu verbessern. Technische Innovationen wie die Optimierung von Infrastruktur, also Verbesserungen von Ladungs-/Entladungstechnologien auf den Schiffen und technische Verbesserungen von Umschlaganlagen in Häfen, Telematiksysteme und technische Verbesserungen im Schiffbau gehören hierzu.

Zweitens bedarf es einer deutlich engeren Kooperation zwischen Binnenschifffahrt und Seeschifffahrt, um damit auch ihren Einfluss in der EU sowie in Bund und Land zu stärken. Ebenso muss umgehend Chancengleichheit mit der Bahn sichergestellt werden. Und eine stärkere Kooperation zwischen Bahn und Binnenschifffahrt ist nötig. Sie muss zum Ziel haben, bestimmte Massengüterverkehre auf die Binnenschifffahrt zu verlagern, wie z.B. den Transport von Rohstoffen für die Stahlproduktion von den Seehäfen in das Hinterland.

Von
Peter Eichenseher

Für das Binnenschiff sprechen in erster Linie die günstigen Transportkosten im Vergleich zu Straßen und Schiene und die hohe Zuverlässigkeit. Die Binnenschifffahrt verursacht im laufenden Betrieb weniger Umweltschäden und externe Kosten als andere Verkehrsträger. Außerdem ist sie sicherer. Auch bezüglich der Transportmengen ist das Binnenschiff mit einem Ladevermögen von 16.000 t der Bahn und dem Lkw weit überlegen. Aufgrund der geringen Geschwindigkeit hat sich die Binnenschifffahrt auf den Transport von Massengütern auf mittleren und langen Distanzen ausgerichtet.

Bisher ist es trotz vielfältiger Bemühungen nicht gelungen, den Anteil der Binnenschifffahrt am Gütertransport wesentlich zu steigern. Schätzungen gehen davon aus, dass etwa drei Prozent des Straßengüterverkehrs und et-

GRÜNE: Verkehrsweg „Wasser“ mit Schiene und Straße verknüpfen

wa zehn Prozent des Schienengüterverkehrs auf die Binnenschifffahrt verlagert werden kann. Zusätzlich könnte durch eine Spezialisierung der Binnenschifffahrt auf bestimmte Verbrauchsgüter eine weitere Verlagerung stattfinden. Insbesondere im wachsenden Containerverkehr liegen erhebliche Steigerungspotentiale für das Binnenschiff.

Um einen höheren Marktanteil zu erreichen, muss aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Binnenschiff in die Güterverkehrskonzept-Strategie des Landes eingebunden werden. Das Güterverkehrskonzept des Landes sollte im Sinne einer integrierten Verkehrsplanung die Verknüpfung des Verkehrsweges „Wasser“ mit Schiene und Straße mit hoher Priorität verfolgen. Letztendlich werden das Binnenschiff und Bahn von der Verteuerung des Lkw-Verkehrs durch die Einführung der Lkw-Maut profitieren und konkurrenzfähiger werden.

Die Binnenschifffahrt selber kann ihre „Logistikette“ optimieren, indem sie für ihre Kunden eine vollständige Transportkette von „Haus zu Haus“ organisiert. Ein Transport von „Hafen zu Hafen“ reicht in Zeiten der Dienstleistungsgesellschaft nicht mehr aus.

Regierungserklärung zur Schulpolitik – Opposition fordert Rücktritt

Ministerin bescheinigt Lehrern großartige Arbeit

Schulministerin Gabriele Behler hat in einer Regierungserklärung zur Schulpolitik „Vorangang für Bildung, Stufenplan 2001–2005“ am 21. März bekräftigt, die Schulen im Lande bewegten sich, und energische Lehrerinnen und Lehrer packten an. Von der Opposition wurde dagegen gehalten, die Ministerin habe versagt. CDU-Fraktionsvorsitzender Jürgen Rüttgers forderte sie zum Rücktritt auf. Ein Entschließungsantrag der CDU wurde bei Enthaltung der FDP von der Koalition abgelehnt.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) stellte fest: „Unsere Schulen leisten großartige Arbeit. Dafür verdienen sie unsere Anerkennung, und dafür brauchen sie unsere Unterstützung.“ Viele Eltern erwarten, dass ihre Kinder an unseren Schulen nicht nur unterrichtet, sondern auch erzogen und betreut würden. Man stelle sich diesen Aufgaben und Erwartungen seit langem. „Bei uns gibt es Ganztags- und Betreuungsangebote, von denen Eltern in anderen Bundesländern nur träumen können.“ Im vergangenen Jahr habe man durch Landesinitiative an 666 weiterführenden Schulen für rund 21 000 Schüler eine Betreuung am Nachmittag auf den Weg gebracht. Zur Integration der Zuwanderer sagte Frau Behler, in NRW schafften fast 90 Prozent aller ausländischen Jugendlichen einen Schulabschluss, 51 Prozent erreichten mehr als den Hauptschulabschluss. Im Bundesdurchschnitt seien es nur 39 Prozent, in Bayern sogar nur 20,7 Prozent. In Zukunft werde es vor allem darum gehen, die Sprachkenntnisse der Zuwandererkinder bereits im Vorschulalter systematisch zu fördern. Zum Stufenplan „Verlässliche Schule“ führte die Ministerin aus, NRW investiere Jahr für Jahr 20 Milliarden Mark in seine Schulen. Mit dem Stufenplan wolle man bis zum Jahr 2005 zusätzlich 2,2 Milliarden Mark aufbringen. Fördern und Fordern bedeute, dass sich unsere Schüler in englischer Sprache verständigen können müssten, und zwar möglichst früh. Deshalb werde es vom Jahr 2003 an Englischunterricht ab dem dritten Schuljahr geben. In den Jahren 2003 und 2004 richte man dafür 1340 zusätzliche Lehrerstellen ein. Für alle Jugendlichen, die nicht die zehnte Klasse schafften, wolle man durch zusätzliche Kurse Brücken in den Beruf bauen. Dafür sehe man 300 zusätzliche Lehrerstellen vor. Ferner richte man die Fächer Praktische Philosophie und Islamische Unterweisung ein. Dafür stünden 300 neue Lehrerstellen zur Verfügung. 500 Lehrer würden für die Realschulen zusätzlich eingestellt. Wegen der steigenden Schülerzahlen stelle man 3 160 zusätzliche Stellen bereit. Außerdem würden bis 2005 in NRW rund 25 000 Lehrerstellen frei. Selbstverständlich würde jede dieser Stellen neu besetzt. Nach Behlers Worten sollen jungen Lehrern attraktive Bedingungen geboten werden. Bereits im August würden alle im Gymnasium neu zu besetzenden Stellen und fast die Hälfte entsprechender Stellen an den Gesamtschulen in der Besoldungsstufe A 13 ausgewiesen. In den Mangelfächern könnten Lehrer bei Neueinstellungen bis zur Höchstaltersgrenze von 45 Jahren verbeamtet werden. Das Programm „Geld



Bildung, Garant der Zukunft: v. l. Schulministerin Gabriele Behler (SPD) und Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Edgar Moron (SPD), Jürgen W. Möllemann (FDP) sowie Sylvia Löhrmann (GRÜNE), alle Fraktionsvorsitzende.

Fotos: Schälte

statt Stellen“ werde weiterentwickelt. Die Ministerin listete die 2,2 Milliarden Mark auf. Danach werden für zusätzliche Lehrerstellen 1,983 Milliarden, für Anwärter-Sonderzuschläge 98 Millionen und für Strukturverbesserungen in der Lehrerbeseoldung 106 Millionen Mark investiert.

Auf die einzelne Schule komme es an, hieß es weiter. Sie setze auf engagierte Lehrerkollegien, Schulkonferenzen, Eltern- und Schülervertretungen. Die Resonanz auf das Projekt „Selbstständige Schule“ bestätige sie in dieser Einschätzung.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Fraktionsvorsitzender, hielt der Landesregierung in der Bildungspolitik vor, dass sie von der Rolle sei. Wer als Bildungsministerin von den Regierungsfractionen gezwungen werden müsse, endlich mehr Lehrer einzustellen, habe als Regierungsmitglied versagt und sollte gehen. Rüttgers warf der Ministerin vor, dass sie halbherzig reagiere, zu spät komme und in all der Hektik und Panik keine vernünftige Finanzierung zustande bringe, dass sie nicht die Kraft zu einem Neuanfang in der Schulpolitik habe. „Und insbesondere werfe ich Ihnen vor, dass Sie schon wieder anfangen, die Lage an unseren Schulen schönzureden.“

Edgar Moron (SPD), Fraktionsvorsitzender, hielt seinem Vorredner vor, er sei ein totaler bildungspolitischer Versager, wenn es um die Zukunft unseres Schulsystems gehe. Er tue nichts weiter, als in der Öffentlichkeit, bei den Schulleitern, bei den Lehrerinnen und Lehrern, bei den Schülern und Eltern den Eindruck zu erwecken, dass die Schule, in die in diesem Land 2,6 Millionen Kinder gingen, eine schlichte Katastrophe sei. „Die Wirklichkeit ist ganz anders.“ Man sei am Beginn tief greifender Veränderungen des Schulsystems. Darüber müsse man reden und nicht über solche verbalen Ausfälle.

Jürgen W. Möllemann (FDP), Fraktionsvorsitzender, sagte, seine Fraktion verlange von dieser Landesregierung Daten und Taten. Zur Realität an den Schulen in NRW führte Möllemann an, fast jede zehnte Schulstunde falle aus, womit NRW vor Thüringen auf dem zweitletzten Platz in Län-

dervergleich liege. Viel zu große Klassen mit oftmals weit über 30 Schülern. Schulkinder müssten sich mit schlechten Unterrichtsbedingungen und veralteten Unterrichtsmaterialien herumschlagen. An den Schulen klage man über wachsende Gewaltbereitschaft. Die Lehrerschaft sei überaltert.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Fraktionsvorsitzende, sagte, Bildung stehe naturgemäß und unverzichtbar im Mittelpunkt der Politik der GRÜNEN. Denn sowohl der einzelne Mensch als auch die Gesellschaft insgesamt hätten, gerade im Zeitalter des Übergangs von der Industrie- zur Wissensgesellschaft, nur die eine Möglichkeit, sich in dieser neuen Welt zurechtzufinden. Und die heiße Bildung.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) erklärte, Bildung und Schule seien eines der wirklich vorrangigen, wenn nicht das große strategische Thema für die Zukunft des Landes. „Wir alle kommen zu dem Ergebnis, dass dieses nicht umsonst zu haben ist.“ Steinbrück bekräftigte, der Finanzminister trete an und versuche, dies mindestens zur Hälfte durch konkrete Einsparungen zu realisieren und zur anderen Hälfte durch die Mobilisierung von Mehreinnahmen.

Herbert Reul (CDU) störte an Frau Behlers Rede, dass sie wieder einmal habe den Eindruck erwecken wollen, das sei ein Riesentwurf. In Wirklichkeit seien die aktuellen Probleme nicht gelöst worden.

Brigitte Speth (SPD) fiel auf, dass die Reden von Rüttgers und Reul Kampfreden gewesen seien. Sie suche bis heute ein politisches Konzept der CDU. Sie sehe es nicht.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) sagte, man brauche mehr Lehrerinnen und Lehrer für diejenigen Schulen, die mit besonders vielen benachteiligten Schülern arbeiten müssten, insbesondere in den Hauptschulen.

Ministerin Gabriele Behler (SPD) warf der CDU Beliebigkeit in der Bildungspolitik vor. Man müsse das alles nicht immer ganz ernst nehmen.

Zweite Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2001 – Einzelpläne der Ressorts

Schwerpunkte bei Bildung, Umwelt und Innere Sicherheit

Der Landtag debattierte am 21. und 22. März über den Haushaltsplanentwurf 2001 der Landesregierung (Drs. 13/400 mit den beiden Ergänzungsvorlagen (Drs. 13/620 und 750) mit den Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA) zu den Änderungsanträgen der Fraktionen und zum Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG, Drs. 13/402) mit dem Bericht des HFA (Drs. 13/817).

Schulpolitik

In der Aussprache über die Haushaltsansätze für den Schulbereich warf die Opposition der Koalition vor, nur ihre Projekte zu bedienen, während die Koalitionsfraktionen ihre höheren Ansätze verteidigten.

Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU), Vorsitzender des Schulausschusses, bekundete, die CDU habe den Schulhaushalt mit der festen Absicht geführt, etwas Positives durchzusetzen. Sie habe den hohen Unterrichtsausfall beenden und „Geld statt Stellen“ in 2 600 Aushilfsstellen umwandeln sowie zusätzlich 1 350 Lehrer einstellen wollen. Auch der Stellenpool für die Primarstufe sei ein Flop gewesen. Die Änderungsanträge der CDU wiesen neue Stellen bis 2005 aus. Das rotgrüne Konzept bediene politische Projekte, sei unfair und ungerecht für Lehrer und Schüler. Damit gingen NRW Schulen weiter baden. Was die Regierung tue, sei ohne Perspektive.

Manfred Degen (SPD) betonte, die SPD nehme keine Kürzungen im Schulbereich vor, sondern bringe die Ansätze wieder auf den alten Stand. Mit 300 zusätzlichen Stellen könnten auch Programme bedient werden zur Förderung der deutschen Sprache. Mit 2,5 Millionen Mark zusätzlich werde die Ganztagsbetreuung vorangetrieben. Stellenanhebungen nach A 13 unterlägen dem Laufbahnwechselverfahren. Dr. Rüttgers solle sich vom Vorwurf der Lehrerlüge distanzieren.

Ralf Witzel (FDP) vermisste notwendige Seriosität in den Haushaltsberatungen und beklagte Verschleierung des Unterrichtsausfalls und der Mangelverwaltung sowie Vorkommnisse wie auf einem türkischen Basar. Mit all dem, was jetzt als großer Wurf verkauft werde, schaffe NRW die Wiederherstellung des Bildungsniveaus nicht. Zu einer ehrlichen Debatte gehörten auch die vielen unterwertigen Beschäftigungen im Bildungsbereich. Die FDP fordere 8 000 Stellen, 310 Millionen Mark für Schulgebäude und 185 Millionen für mehr Multimediausstattung. Wenn Spielwiesen finanziert würden, fehle das nötige Geld.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) bezeichnete die 2,2 Milliarden Mark als Ausdruck von Priorität für Bildung und äußerte stolz auf das, was umgesetzt werde. Zusätzliche Mittel für Ganztagsbetreuung trügen zum Ausbau bei. Auf Qualität werde geachtet und notfalls nachgesteuert. Neben Verbes-

serungen bei Schulfahrten seien auch die Mittel für Schülervertretungen und für Fortbildung bei neuen Medien wichtig. Diskussionsforen über das Projekt „NRW-Schule 21“ könnten stattfinden. Die Mittel für Sprachförderung von Migrantenkindern würden verdoppelt.

Wissenschaft und Forschung

Die Sprecher der Oppositionsfraktionen forderten „berechtigte Autonomieansprüche“ bei den Hochschulfinanzen ein. Die Koalitionsfraktionen äußerten sich zufrieden mit höheren Ansätzen für Innovationen und Studierende trotz der Steuermindereinnahmen.

Manfred Kuhmichel (CDU) sagte, die Landesregierung sehe alt aus angesichts eines gigantischen Investitionsstaus und eklatantem Mangel an Ideen. Die real existierende Hochschulpolitik stehe unter dem Spardiktat. Der Expertenrat sei ein inszeniertes Schauspiel. Die Kraft zur Erneuerung gehe den Koalitionären völlig ab. Die notwendige technische Ausstattung und ein Sofortprogramm für das Informatikstudium würden abgelehnt. Der Liegenschaftsbetrieb ignoriere die Selbständigkeit der Hochschulen und verursache mehr Bürokratie. Der Ausschlussbeschluss dagegen werde als Betriebsunfall behandelt.

Dietrich Kessel (SPD) erklärte, der Vorrang für Bildung bedeute auch, die NRW-Hochschulen wieder zu leistungsstärkeren Akteuren zu machen. Mittel für neue Projekte wiesen die höchste Steigerungsrate auf. Der Qualitätspakt sichere feste Ansätze für fünf Jahre. Freigesetzte Ressourcen verblieben den Hochschulen. Das werde als Privileg wahrgenommen. Mit den Anträgen der Koa-

lition würden 76 Millionen Mark mehr aufgewendet, vorwiegend für die Forschung. Der Innovationsfonds werde mit 60 Millionen Mark ausgestattet.

Professor Dr. Friedrich Wilke (FDP) bemerkte, beim 2,2 Milliarden-Mark-Programm für die Schulen blieben Wissenschaft und Forschung als zweites Standbein eine Krücke. 100 Millionen Mark aus anderen Haushalten seien weniger als ein Zehntel davon. Lebenslanges Lernen mit reduziertem Personal könne nicht funktionieren. Der Wissenschaftsrat mache unmissverständlich klar, ohne höhere finanzielle Anstrengungen falle NRW im internationalen Wettbewerb weiter zurück. Die FDP fordere drei Milliarden Mark mehr für Schule und Wissenschaft anstelle des „Personal-Amputations-Programms“, das die Ministerin Qualitätspakt nenne. Sie solle mal einen ganz normalen Hörsaal besuchen.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) äußerte sich zufrieden über das Absichern und den Ausbau der Maßnahmen mit einer Steigerung von zwei Prozent und 8,5 Milliarden Mark. Bei nur noch sieben Prozent Hochschulabsolventen aus geringverdienenden Familien müsse sich etwas ändern. Bei sinkendem BAFöG werde mehr gearbeitet und verlängere sich das Studium. Das dürfe nicht so weitergehen. Durch zusätzlich eine Milliarde Mark würden 8 000 Studierende gefördert. Auch Frauenförderung werde vorangetrieben. Das Netzwerk Frauenforschung in NRW genieße einen besonderen Ruf.

Ministerin Gabriele Behler (SPD) verwahrte sich gegen Vergleiche der Kosten von Schul- und Hochschulsystem und verteidigte die Übertragbarkeit von Mitteln in Höhe von zwei Prozent der Haushaltsreste. Die von Wilke verlangten zehn Prozent seien mit Risiken verbunden. Im Innovationsfonds



Fast 2 000 Unterschriften übergaben der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung NRW, Udo Beckmann und Marlies Nowak, Mitglied des Landesvorstandes und des Hauptpersonalrates für Lehrerinnen und Lehrer an Sonderschulen, dem Landtagspräsidenten Ulrich Schmidt, der für die vom VBE vorgetragenen Sorgen um die Förderung der lernbehinderten Schülerinnen und Schüler und die starke Belastung der Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen für Lernbehinderte viel Verständnis zeigte. Foto: Schälte

von 60 Millionen Mark mehr als das Dreifache des Stellenrückbaus finanziert. Auch fünf Millionen Mark für Informatik seien kein Kleckerkram. Auch der Wissenschaftshaushalt sei keine Kuh, die auf Erden gemolken und im Himmel gefüttert werde.

Innenministerium

In der Aussprache informierte Innenminister Behrens die Abgeordneten über eine neue Expertenkommission „Zukunft des öffentlichen Dienstes“, über ein Bund-Länder-Lagebild „Innere Sicherheit“ und über künftiges Leasen von Streifenwagen der Polizei.

Theodor Kruse (CDU) nannte die Kriminalitätsstatistik 2000 als Nachweis für unerträgliche Situation bei der inneren Sicherheit. 1,3 Millionen Straftaten sei der Stand wie vor sechs Jahren. Die Regierung verwalte nur den hohen Bestand. Gegen vier Polizeiführungskräfte aus Bielefeld liefen Ermittlungen. Die Aufklärungsquote liege unter 50 Prozent, das hohe Dunkelfeld gar

teilte Laufbahn komplett eingeführt. Das sei ein Armutszeugnis. Weitere Beförderungen würden ausgeschlossen. Hoch spezialisierte Experten gegen organisierte Kriminalität würden geopfert. Auf das Abwandern müsse man gefasst sein. Die Kritik sei massiv. Ungeprüfte Kommissare zogen an Geprüften vorbei. Mehr Beamte aus dem Wach- und Wechseldienst wanderten in den Innendienst ab. Der Minister müsse handeln. Polizeiwachen würden geschlossen oder zu Anlaufstellen herabgestuft.

Monika Düker (GRÜNE) berichtete, beim größten Posten des Einzelplans 03, bei der Polizei habe sich die Opposition mit Erhöhungsanträgen überboten. Sie solle das Unsicher-Reden beenden. Die Lösung mehr Personal sei aber zu einfach und nicht richtig. Laut Statistik habe NRW 7 377 Straftaten auf 100 000 Einwohner, die geringste Rate seit neun Jahren. Die NRW-Polizei werde ihren Aufgaben Vorbeugung, Strafverfolgung und Opferschutz auf hohem Niveau gerecht. Das Problem von Steigerungsraten bei Jugendkriminalität könne nicht durch 100 Polizisten mehr gelöst werden. Wenn

Mark mehr gefördert, und zwar für psychosoziale Beratung von traumatisierten Flüchtlingen und für Betreuung in den Abschiebehaftanstalten.

Gemeindefinanzierung

Die kommunalpolitischen Sprecher der Opposition kritisierten die Befrachtung der Gemeindefinanzen mit Kosten für Landesaufgaben. Die Koalitionsfraktionen äußerten sich zufrieden mit dem Entwurf. Der GRÜNE-Sprecher kündigte eine Neuordnung der Zuständigkeit für Schulbauten an.

Franz-Josef Britz (CDU) fasst als Ergebnis von viermonatiger Beratung zusammen, die viel kritisierte Befrachtung durch Flüchtlingskosten von 60 Prozent der Gesamtausgaben, durch den Entzug von 310 Millionen Mark für den Straßenbau und durch Umschichtung von 100 Millionen Mark für Schulgebäude aus der Investitionspauschale bleibe entgegen den Wünschen der



*Einige Neuigkeiten hatte der Minister für die Innenpolitiker des Landtags bei der Aussprache über den Einzelplan seines Ressorts, v.l. Theodor Kruse (CDU), Jürgen Jentsch (SPD), Horst Engel (FDP), Monika Düker (GRÜNE), Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD).
Fotos: Schälte*

nicht mitgezählt. Ziemlich risikolos könnten Verbrechen begangen werden. Hohe Zuwachsraten bei Jugendlichen erfüllten mit Besorgnis. Die Polizei ziehe sich immer mehr aus der Fläche zurück, gestärkt durch betriebswirtschaftliche Kalküle und leere Kassen. Mehr Aufgaben würden durch Private übernommen. Das Gemeinschaftsgut Sicherheit dürfe nicht zur Ware gemacht werden, sondern müsse unter staatlicher Hoheit bleiben.

Jürgen Jentsch (SPD) erläuterte, die Flüchtlingsberatung sei aufgeteilt worden, um einem berechtigten Anliegen der Wohlfahrtsorganisationen nachzukommen. Im Übrigen könne sich NRW mit seinen Reformen sehen lassen. Das Polizeinetz sei so dicht wie noch nie, „ein tolles Ergebnis“. Die NRW-Polizei sei die modernste in Europa, 78 Prozent befinde sich im gehobenen Dienst. Die bevorstehende zweigeteilte Laufbahn sei ein weiterer Meilenstein. Neue schussichere Westen würden zur Verfügung gestellt. Von 15 sichersten Großstädten lägen zwölf in NRW. Die Aufklärungsquote steige ständig. Gegen kriminelle Energie in einer digitalen Welt müsse viel Geld zur Verfügung gestellt werden.

Horst Engel (FDP) antwortete, erst 20 Jahre nach einem Gutachten werde die zweige-

te Hemmschwellen sänken, müsse bei der Erziehung angesetzt werden.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) wies auf die Gemeindefinanzen im Einzelplan 03 hin, die die kommunale Selbstverwaltung fördere. Verwaltungen würden immer mehr zu Dienstleistungsunternehmen. Betriebswirtschaftliches Rechnungswesen sei im Interesse des Haushalts. Die Landesregierung habe in der Vorwoche eine Expertenkommission „Öffentlicher Dienst der Zukunft“ eingesetzt, die noch in dieser Wahlperiode Hinweise auf Erneuerungen geben werde. Der Minister zählte weitere Bereiche der Innenpolitik auf, die nicht nur Innere Sicherheit bedeute. Für die weitere Verbesserung der Polizeiarbeit werde in die Menschen und in die Technik investiert. Er habe sich bei der Innenministerkonferenz für ein Lagebild Innere Sicherheit eingesetzt, bei dem der Zahlenfriedhof der Statistik durch Bewertungen von Politikern und Kriminalisten aller Ebenen ausgeweitet werde. Damit solle mehr Wirklichkeit gezeigt werden. Streifenwagen würden künftig geleast. Bis zum Jahr 2006 sollten die Behörden mit einem völlig neuen digitalen grenzüberschreitenden Funksystem ausgestattet werden.

Monika Düker (GRÜNE) ergänzte, die Flüchtlingsarbeit werde mit 1,3 Millionen

Spitzenverbände und der Kommunalpolitiker. Den Kommunen werde keine Mark mehr gegeben, sondern nur der Verwendungszweck geändert. Zugunsten der Kommunen habe sich nichts verändert.

Heinz Wirtz (SPD) warf der CDU vor, früher im Bund Aufgaben nach unten verschoben zu haben, etwa durch Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, ohne finanziellen Ausgleich. Die Auswirkungen der Steuerreform seien von allen zu tragen. Schlüsselzuweisungen würden auf hohem Niveau gehalten. Die Einschnitte bei Strukturhilfemitteln seien nötig. Bei den Oppositionsanhängern hätten Deckungsvorschläge gefehlt. Schulgebäude seien Aufgabe der Kommunen. Das werde so bleiben. Die Koalition stehe zur Umwidmung von 100 Millionen Mark zu Zweckzuweisungen und lasse prüfen, ob durch Umstellung der Finanzierung eine angemessene Form gefunden werden könne, die Bau und Sanierung in die Verantwortung der Kommunen lege.

Dr. Ingo Wolf (FDP) sagte, Rot-Grün lasse die Gemeinden auch 2001 wieder im Stich. 23 Prozent Verbundquote seien zu wenig. Die Abgeordneten würden mit immer mehr Halbwahrheiten konfrontiert, bei der Steuerenkung die Ökosteuer und die Abschreibungsverschlechterung, bei den Renten



Bei der Finanzierung von Schulgebäuden könnte sich, so wurde in der Aussprache über die Kommunalfinanzen angedeutet, künftig etwas ändern, v.l. Franz-Josef Britz (CDU), Heinz Wirtz (SPD), Dr. Ingo Wolf (FDP), Ewald Groth (GRÜNE).
Fotos: Schälte

das Ausblenden der Demografie und beim FFG die Vorwegabzüge und Befrachtungen. Zwischen Kommunen und Umlageverbänden werde so Streit geschürt. Das Verhältnis Finanzausstattung zu Aufgaben sei eine politische Zahl. Mit der Mogelpackung „rechte Tasche, linke Tasche“ bei Schulgebäuden könne keine einzige Schule mehr saniert werden. Bei Asylbewerberkosten gebe es seit Jahren einen Systembruch, da das Geld nicht der Aufgabe folge. Die FDP fordere 700 Millionen Mark mehr für die Kommunen.

Ewald Groth (GRÜNE) sagte, NRW sei ein Land mit hohem Kommunalisierungsgrad und deshalb großer Verantwortung sowie 90 Prozent Schlüsselmasse. Minus 5,2 Prozent durch die Steuerreform seien besonders schlimm, weil noch immer 99 Kommunen im Haushaltskonsolidierungsverfahren seien, jede vierte Kommune. 16 kreisfreie Städte von 23 könnten ihre Haushalte nicht ausgleichen. Der Altfehlbetrag von fünf Milliarden Mark sei in den nächsten Jahren zu veranschlagen. Die Kommunalpolitiker hätten gegen den Widerstand der Förderministerien die Operation bei den Zweckzuweisungen geschafft. Bei den Freiraumgemeinden gebe es zurzeit keine Not. Zum Schulbau sagte Groth, die GRÜNEN stimmten den 100 Millionen nur zu, wenn die Förderung ab 2002 zugunsten einer jährlichen Pauschale nach Schülerzahlen vergeben werde. Das Konzept sei in Arbeit. Als Soforthilfe für Kommunen, die unverschuldet in aktueller Not seien, schlug er Zinshilfe vor.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) stellte fest, das Jahr 2001 sei auf absehbare Zeit eines der schwierigsten. Manche Kommunen hätten frühzeitig gespart, anderen sei das schwerer gefallen. Auch darauf müsse Rücksicht genommen werden. Auf den gelungenen Finanzausgleich und den unveränderten Verbundsatz sei er stolz. Im FFG 2001 gebe es 88,4 Prozent allgemeine Zuweisungen, das sei bundesweit Spitze. Das Land strecke sich noch einmal zur Decke. Zum strikten Sparkurs gebe es keine Alternative.

Hans Peter Lindlar (CDU) berichtete, bei der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz seien die Länder- und Kommunalanteile an der Umsatzsteuer von 45 auf 50,5 Prozent angehoben worden.

Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Naturschutz

Die Krise der grassierenden Viehseuchen prägte die Debatte zur Landwirtschaftspolitik des Landes. Die Landwirtschaftsministerin kündigte ein Verbraucherschutzinformationsgesetz an. Beim Naturschutz scheint der alte Streit um die Meldungen nach der europäischen FFH-Richtlinie beigelegt.

Eckhard Uhlenberg (CDU) forderte 53 Millionen Mark für ein BSE-Hilfe-Programm, um die Existenz von bedrohten Betrieben und Tausenden von Arbeitsplätzen zu sichern, die BSE-Schnelltestkosten im Lande zu erstatten und für die Beseitigung der Tierkörper. Auch NRW sollte sich an den Kosten beteiligen, die das Verbot der Tiermehlverwertung mit sich bringe. Zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche (MKS) sollte die Ringimpfung eingeführt werden, um Schlimmeres an Rhein und Ruhr zu verhindern. Wenn die Landesregierung wie andere Bundesländer den Betroffenen wirklich helfen wolle, dann sollten die drei Anträge seiner Fraktion zum Haushalt der Ministerin unterstützt werden.

Irmgard Schmid (SPD) verlange angesichts der MKS-Gefahren ein Ende der zahlreichen Tiertransporte und die Rückkehr zu mehr geschlossenen Systemen. Die Situation für die Landwirtschaft sei dramatisch. Daraus sollten endlich die richtigen Schlüsse gezogen werden; es werde ein Umsteuern in der Landwirtschaft – mit den Landwirten, den Verbrauchern, den Arbeitnehmern in der Fleischindustrie und dem Einzelhandel, benötigt. Die Verbraucher seien besser zu informieren, damit sie bereit seien, Preise für Produkte zu zahlen, die den Mühen ihrer Erzeugung angemessen seien. Schmid wies darauf hin, dass der Etat um vier Prozent steige: „Das wird der Landwirtschaft, den ländlichen Räumen und dem Verbraucherschutz dienen.“

Felix Becker (FDP) warf der Ministerin vor, unter ihrer Ägide sei die Landwirtschaftspolitik im Lande „von der Kalkulierbarkeit staatlichen Handelns durch eine Politik der ökologischen Konfrontation“ abgelöst worden. Sie habe die Prinzipien der Agenda 21 nicht verstanden, greife zwar As-

pekte der Brüsseler Landwirtschaftspolitik auf, reite dann aber „auf dem Rücken der Landwirtschaft und auch des Gartenbaus eine NRW-Sonderrolle, die den Betroffenen schwer zu schaffen macht“. Der Einzelplan 10 bringe weder den Durchbruch aus der BSE-Krise, noch zeige er Ansätze einer perspektivischen Agrarpolitik: „Sie haben ein paar Trostpflasterchen, mehr nicht.“ Darum lehne seine Fraktion den Haushalt ab.

Johannes Remmel (GRÜNE) stellte fest, in Sachen BSE hätten die Landesregierung und die sie tragenden Parteien ihre Hausaufgaben gemacht. Er wies auf die laufenden Verhandlungen mit dem Bund über Hilfen für die Landwirtschaft hin. In ganz Europa werde eine grundsätzliche Agrarwende gebraucht, davon hänge auch das Vertrauen der Bevölkerung ab. Im Naturschutz seien gegenüber dem Vorjahr 6,4 Millionen Mark mehr vorgesehen; zusätzlich gebe es zwei Millionen Mark, damit die NRW-Stiftung Projekte des Naturschutzes, der Kultur- und Heimatpflege nachdrücklich unterstützen könne.

Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) strich heraus, für die neue Agrarpolitik der Landesregierung im Rahmen der Agenda 2000 habe Brüssel zusätzliche Mittel bereitgestellt, darum werde es in diesem Jahr für die Landwirte hierzulande 80 Millionen Mark mehr geben. Die Ministerin unterstrich die Bedeutung des Verbraucherschutzes, in diesem Punkt sei man allen anderen weit voraus. Man werde mehr Rechte für die Verbraucher schaffen und ein Verbraucherschutzinformationsgesetz erarbeiten, das ihnen das Recht gebe, „Informationen über die von uns durchgeführten Kontrollen zu bekommen“. In der Forstpolitik sei es nach hartem Kampf gelungen, KVV-Vermerke zu streichen, damit auch junge Förster wieder eingestellt werden können. Inzwischen habe man mitgeteilt bekommen, dass die FFH-Meldungen des Landes nicht nur vollständig seien, sondern auch ohne Abstriche den Auswahlkriterien der FFH-Richtlinie genügen.

Umweltpolitik

Bei der Debatte um die Umweltschutzpolitik im Lande standen die Abfallentsorgung, der Gewässerschutz und die verstärkte Ausrichtung umweltpolitischen Handelns vom nachsorgenden auf den vorsorgenden Umweltschutz im Zentrum.

Hans Peter Lindlar (CDU) warf der Umweltpolitik des Landes vor, sie verzettelte sich auf „ideologischen Spielwiesen und in Nebensächlichkeiten“ und vernachlässige zentrale umweltpolitische Felder. Krampfhaft werden nach ordnungsrechtlichen Folterinstrumenten gesucht, „statt durch Kooperationsangebote an die Wirtschaft zu einer Auflösung des Innovationsstaus anzuregen und zugleich Fortschritte im Umweltschutz zu erreichen, die über die gesetzgeberischen Vorgaben hinausgehen“. In der Abfallpolitik werde am Ziel vorbeigeschossen, andererseits blieben wichtige Positionen liegen. Wichtigster Punkt für seine Fraktion sei der Antrag, 30 Millionen für die Finanzierung der naturnahen Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung einzusetzen, sonst müssten die Kommunen mit

Millionenforderungen der Wasserverbände rechnen, während die Landesregierung das Geld aus der Abwasserabgabe „bunkert“, ohne es für konkrete Maßnahmen einzusetzen. Das müssten die Bürger über höhere Abgaben bezahlen.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) qualifizierte die im Land betriebene Umweltpolitik aus der Sache heraus als völlig richtig. Neue Aufgaben zeichneten sich ab, nach den Erfolgen im nachsorgenden Umweltschutz der letzten Jahre verlagerten sich die Aufgaben zum vorsorgenden Umweltschutz. Staatliche Regelwerke würden immer mehr durch Umweltkonsens und Selbstverpflichtung ersetzt. Auf der Basis einer ausreichenden und vernünftigen Entsorgungsstruktur könne man sich jetzt neuen technologischen Verfahren zuwenden, um dafür zu sorgen, dass kein unbehandelter Abfall mehr auf Deponien gehe. Der Sprecher lobte die Einigung auf eine freiwillige finanzielle Lösung, die man beim Altlasten- und Abfallsanierungsverband (AAV) erreicht habe, als „Meilenstein für den Umweltschutz“. Die Mittel bei der Abwasserabgabe seien deswegen aufgelaufen, weil es die Kommunen vor Ort nicht schafften, die bewilligten Mittel auch abzurufen.

Holger Ellerbrock (FDP) lobte im Umweltschutz freiwillige Lösungen und die Förderung Privater an Stelle von Institutionen. Was die Sanierung von Altlasten angehe, so sei dies eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die könne man nicht auf einige Branchen überwälzen, die die Ministerin als „vorbelastet“ einstufe. Vor einer solchen „Kriminalisierung“ warne er; schließlich hätten diese Betriebe aufgrund behördlicher Genehmigungen oder Bewilligungen gewirtschaftet – und damit ordnungsgemäß. Die vom AAV vereinnahmten Lizenzgebühren sollten mit künftigen Zahlungen verrechnet und nicht einbehalten werden. Was die Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum angehe, so seien hier auch soziale Komponenten zu berücksichtigen.

Johannes Remmel (GRÜNE) betonte bei der Sanierung betrieblicher Altlasten die Gesamtverantwortung der Wirtschaft: Betriebsschließungen, bei denen Altlasten zurückbleiben, habe es in der Vergangenheit gegeben und werde es auch in Zukunft geben. Angesichts der vielen bestehenden Altlasten könne ihre Beseitigung nicht die Aufgabe der Allgemeinheit allein sein. Was die Beiträge in das verworfene Lizenzmodell angehe, so würden nur die zurückerstattet, auf die es einen Rechtsanspruch gebe. Wo nicht unter Vorbehalt gezahlt worden sei, gebe es keine Rückzahlung.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) betonte die Bedeutung des produktintegrierten Umweltschutzes, der Probleme erst gar nicht entstehen lasse, für deren Reparatur später teuer zu zahlen sei. Hier werde man den kleineren und mittleren Betrieben mit einer Effizienzagentur helfen. In der Abfallpolitik sei das Land mittlerweile auf allen Gebieten führend. Im Bereich des Klimaschutzes gebe es schon jetzt konkrete Projekte, die würden dann in das für das Jahr 2003 angekündigte Konzept über Ziele des Klimaschutzes aufgenommen. In Sachen AAV sehe sich die Regierung weitgehend in Übereinstimmung mit den Spitzen der Wirtschaft.

Ulrich Schmidt nun auch „Commendatore“



Für seine Verdienste um die deutsch-italienische Freundschaft ist Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) mit dem hohen italienischen „Commendatore“-Orden ausgezeichnet worden. In seiner Laudatio begründete Generalkonsul Dr. Colognato (r.) die Auszeichnung mit dem persönlichen Engagement Schmidts als Bürgermeister der Stadt Wetter und als Landtagspräsident. In letzterer Funktion habe Ulrich Schmidt ein wichtiges Projekt des Generalkonsulats, nämlich die Zusammenarbeit mit der Region Sizilien, maßgeblich gefördert. Eine gemeinsame Kommission des sizilianischen und des nordrhein-westfälischen Parlaments solle die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen weiter vertiefen. Ulrich Schmidt sieht die hohe Auszeichnung, mit der vor ihm bereits Enzo Ferrari oder Gianni Versace gewürdigt wurden, als persönliche Verpflichtung an, sich auch in der Zukunft für die deutsch-italienischen Beziehungen in Staat und Gesellschaft zu engagieren. Er verwies ferner darauf, dass in NRW rund 150 000 Italienerinnen und Italiener lebten. Italiener hätten zu den ersten Arbeitern gehört, die Anfang der 60er-Jahre nach Deutschland gekommen seien. Etliche von ihnen seien hier geblieben, hätten ihre Familien nachgeholt und „bei uns eine neue Heimat gefunden“. Heute lebten sie bereits in der zweiten und dritten Generation hier und „gestalten mit uns gemeinsam die Zukunft unseres Landes“.

Foto: Schälte

Ute Koczy (GRÜNE) sagte zur Aufnahme der Eine-Welt-Politik in den Etat, hier zeige man im Lande Kontinuität und die Bereitschaft zur Weiterentwicklung. Sie nannte das PromotorInnenprogramm, das Thema fairer Handel und die Förderung der zivilen Konfliktbearbeitung. Die Ministerin entgegnete, es mache ihr wirklich Spaß zu erleben, „wie junge Menschen aus Nordrhein-Westfalen mit dem Friedensdienst in die Welt hinausgehen“ und anschließend ihre Erfahrungen ins Land zurückbrächten.

Ministerpräsident und Staatskanzlei

Bei der Beratung des Einzelplans 02, des Haushalts des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei wurden drei Themenkomplexe angesprochen: zum ersten Ministerpräsident und Staatskanzlei selbst, dann die Landesplanung sowie Europaangelegenheiten.

Werner Jostmeier (CDU) stellte zunächst fest, dass sich der Haushalt des Ministerpräsidenten personell ganz erheblich aufgebläht habe, zum einen dadurch, dass sich der Ministerpräsident immer mehr Kompetenzen an Land ziehe, wie z. B. die Europapolitik. Ferner lägen die Kirchenpolitik und die Medienpolitik bei ihm. Auch die Landesplanung habe er zur Chefsache erklärt. Zu

den Aufgaben des Landespresse- und Informationsamtes sagte der Politiker, die CDU schlage vor, die Ansätze in diesem Bereich um 1,5 Millionen Mark zu kürzen. Diese Mittel dienten allein der Selbstdarstel-

„Karl Arnold – Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident 1947 bis 1956“ ist als Band 13 in der Reihe Schriften des Landtags NRW erschienen und kann ab sofort kostenlos über das Referat Öffentlichkeitsarbeit bezogen werden. Postanschrift Landtag NRW Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf, oder email@landtag.nrw.de. Per Fax ist die Bestellung über 02 11 / 8 84 30 22 möglich.

lung des Regierungschefs und der Landesregierung.

Dorothee Danner (SPD) führte aus, man habe sich im Hauptausschuss mit dem Einzelplan „Ministerpräsident und Staatskanzlei“ ausführlich befasst. Man habe alle Meinungen eingeholt. Man habe sich vortragen lassen. „Wir sind der Meinung, dass dies ein runder Haushaltsplan ist.“ Merkwürdig sei allerdings gewesen, dass sich die FDP-Fraktion bei mancher Abstimmung im Hauptausschuss einfach der Stimme enthalten habe. Es wäre nett gewesen, das näher zu begründen.

Fortsetzung folgt

„Karl Arnold hat NRW zum sozialen Gewissen Deutschlands gemacht“

In einer Feierstunde hat der Landtag am 21. März des 100. Geburtstags von Karl Arnold gedacht, des ersten Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen. Landtagspräsident Ulrich Schmidt eröffnete die musikalisch umrahmte Feier mit zahlreichen Ehrengästen im Plenarsaal mit einer Würdigung des Mannes, der das Land zum „sozialen Gewissen“ der Bundesrepublik gemacht und als CDU-Politiker einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und sozialistischem Marxismus gesucht hat. Festredner der Feierstunde war ein ehemaliger Weggefährte Karl Arnolds, Dr. Rainer Barzel, langjähriger nordrhein-westfälischer CDU-Bundestagsabgeordneter.

„Wir erinnern uns an einen Mann der ersten Stunde und an einen wichtigen Gründervater unserer Republik“, sagte einleitend Landtagspräsident Schmidt. Nur schwer ließen sich heute noch die Zeitprobleme nachvollziehen, die Arnolds Amt als erster Ministerpräsident gekennzeichnet hätten: Hungersnot, zerbombte Städte, Flüchtlingsströme, Gebietsansprüche von Holland und Belgien, Kampf gegen Ruhrstau und Demontagepolitik. Angesichts dieser Aufgaben habe Arnold gesagt: „Ich weiß, dass die Bürde eines Amtes erdrückend ist, aber ich bin bereit, mich für unser Land zu verzehren.“ Schmidt: „Diese von Arnold selbst gewählten Worte kennzeichnen besser als alle anderen sein persönliches Engagement und seine Zielsetzungen.“

Arnold sei ein aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung kommender Politiker gewesen, fuhr der Präsident fort, über alle Parteigrenzen hinweg habe er einen breiten und dauerhaften Konsens in wichtigen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, des Staatsaufbaus bis hin zur Schulpolitik geschaffen. Aus Oberschwaben gebürtig, habe er sich stets um den Zusammenhalt des „Kunstgebildes Nordrhein-Westfalen“ gekümmert. Seine Politik sei in der christlichen Soziallehre verankert gewesen, denn, so Karl Arnolds Überzeugung, nur das Christentum könne einer aus den Fugen geratenen Gesellschaft wieder Substanz und Halt geben.

Aus Anlass des 100. Geburtstags würdige der Landtag in seiner Schriftenreihe mit dem Band „Karl Arnold – Nordrhein-West-



Landtagspräsident Ulrich Schmidt

Fotos: Schälte

falens Ministerpräsident 1947 bis 1956“ die besonderen Leistungen Arnolds. Darin schreibe Dr. Detlev Hüwel, Redakteur bei der von Karl Arnold mit gegründeten und von seinem Sohn fortgeführten Rheinischen Post, über die Lebensstationen dieses Spitzenpolitikers. Weitere sieben Autorinnen und Autoren befassten sich mit den politischen Weichenstellungen der Nachkriegsjahre und mit der politischen Grundüberzeugung Karl Arnolds, schloss Schmidt. Nach den Erfahrungen der Nazizeit Neues auf Geist und Glauben zu gründen, sei eine der Arnoldschen Überzeugungen gewesen, erklärte Dr. Rainer Barzel in seiner Festrede, in der er ein lebhaftes Bild des Menschen und Politikers Arnold zeichnete. In der Nachkriegszeit habe er, der in der Lage war, Sälen und Versammlungen ein hoffnungsvolles Gesicht zu geben, wenn er sprach, der Generation, „die mit dem Groll, missbraucht und sinnlos guter Jahre beraubt worden zu sein“, heimgekehrt war, das Gefühl zu geben, angenommen zu sein. Arnold habe sie mit seinem einführenden Verständnis und seiner einladenden Ermunterung heimgeholt und gezeigt, dass die deutsche Geschichte mehr um-

fasst, „als zwölf böse Jahre“, betonte Barzel und fragte, wer 1989 für die jungen Menschen aus der DDR diese Sprache, dieses Verständnis und Ermunterung gefunden habe.

Zeitgenossen hätten seine Integrationskraft, seine Selbstlosigkeit, seinen gesunden Menschenverstand und seine Gabe zuzuhören gerühmt. Verzweifelt sei in der Zeit nach dem Krieg manchmal die Stimmung der Landespolitiker gewesen, „aber die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Kabinettsmitglieder mit ihrem Ministerpräsidenten Karl Arnold erzeugte immer wieder frischen Mut und neue Energien und damit neue Auswege aus der Not“ — so der damalige Ernährungsminister Heinrich Lübke. Der Redner würdigte Arnolds vielfältige politischen Leistungen in zahlreichen Bereichen wie Mitbestimmung, Einheitsgewerkschaft, europäische Einigung. So sei es gelungen, dem Land NRW Struktur zu geben, eine Landesverfassung zu schaffen und für Frieden in der Schulfrage zu sorgen. Arnold habe herausragenden Anteil an Programm und Politik der CDU gehabt. Barzel bestritt ausdrücklich das Wort, Arnold habe Adenauer gehasst und Adenauer habe Arnold verachtet, wie dies Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) formuliert habe. Barzel zeichnete das Geschehen um Arnolds Abwahl 1956, betrieben von den „Jungtürken“ in der FDP, nach, womit die Liberalen begonnen hätten, sich auch auf Bundesebene von der CDU zu emanzipieren.

Er schloss mit der Charakterisierung: „Aus den Augen dieses hageren, bescheidenen Mannes mit dem asketischen Gesicht blickten Erfahrung und Güte, Treue und Liebenswürdigkeit. Aus der Seele dieses Mannes, der so herzlich lachen konnte, lebte und wirkte die Sicherheit einer politischen Intuition, wie ich sie bei niemandem mehr antraf. Mut zu Neuem und Bereitschaft zum Handeln zeichneten ihn aus.“ Barzel: „Weil Karl Arnold so war, gedenken wir seiner. Es tut not eingedenk zu bleiben, wie und aus welcher Gesinnung unsere Demokratie wuchs. Sie ist zurzeit herausgefordert, ihre Wehrhaftigkeit zu beweisen — durch Vernunft, Geisteskraft und Vorbild. Auch Witz ist erlaubt. Glück auf!“



Festredner Dr. Rainer Barzel

Informationsfreiheit: CDU-Entwurf ist „Schritt in die richtige Richtung“

„Der freie Zugang zu Informationen erhöht die Bürgernähe und Transparenz einer Verwaltung, die im Dienste der Bürgerinnen und Bürger steht.“ Mit diesen Worten begründet die CDU-Fraktion den Anlass dafür, dass sie einen Gesetzentwurf zur Förderung der Informationsfreiheit (IFG) des Landes Nordrhein-Westfalen (Drs. 13/321) vorgelegt hat. Zu diesem zehnten Paragrafen umfassenden Entwurf über den Zugang zu den bei öffentlichen Stellen vorhandenen Informationen hat der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform unter seinem Vorsitzenden Klaus Stallmann (CDU) am 15. März eine Anhörung von Sachverständigen durchgeführt.

Die Sachverständigen — Wissenschaftler, Datenschützer, mit Datenschutz befasste Vereinigungen und die kommunalen Spitzenverbände — begrüßten vorwiegend die Absicht, diese Materie in dem großen Flächenland NRW — nicht zuletzt wegen der damit verbundenen Signalwirkung — zu regeln. Bei den Einwänden spielten unter anderem Kostengesichtspunkte eine Rolle und die im CDU-Entwurf enthaltene Bestimmung, wonach der Zugang von einem „berechtigten Interesse“ abhängig gemacht werden und der Antrag „hinreichend bestimmt“ sein soll.

Dr. Marco Kuhn von den kommunalen Spitzenverbänden wies darauf hin, dass schon jetzt, nicht zuletzt auf kommunaler Ebene, eine ganze Reihe spezialgesetzlicher Regelungen den Zugang auf vielen Gebieten ermöglichen, da sei die Statuierung eines allgemeinen Zugangs nicht erforderlich. Es sei zudem nicht gut, dass der „normale Bürger“ mehr Rechte erhalten solle als kommunale Vertreter. Neben den gesetzessystematischen Vorbehalten gebe es auch die Frage nach dem Mehraufwand für Kosten, die der Entwurf in den Verwaltungen nach sich ziehe. Kritik gebe es auch an der Reihe von unbestimmten Rechtsbegriffen, die der Entwurf aufweise. Kurz: Der Gesetzentwurf stößt auf erhebliche rechtliche und tatsächliche Bedenken bei den Kommunen. Man sollte davon Abstand nehmen.

Das Institut für Bürgerrechte und öffentliche Sicherheit — Sprecher Dr. Norbert Pütter — war ebenfalls gegen den von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Weg bei der Vertiefung der Informationsfreiheit in NRW. Pütter: „Der Gesetzentwurf ist untauglich.“ Er schaffe mehr Konflikte als Zugang und sei „verheerend“ im Verhältnis Bürger—Verwaltung—Politik. Nicht die Behörde habe über den Zugang zu entscheiden, sondern der Bürger. Die Zugangsverweigerung sei nur als letzte Stufe vorzusehen, vorher müsse es andere Maßnahmen wie Schwärzungen, Herausnahme oder Auskunft statt Einsicht geben. Der Sprecher nannte die vorgesehene Kostenregelung „abschreckend“ und regte an, für einen besseren prozessualen Schutz Anrufungsrechte und Einsichtsrechte für den Datenschutzbeauftragten einzuführen. Reinold E. Thiel von Transparency International Deutschland verlangte zusätz-

lich, auch juristische Personen wie Verbände sollten Einsichtsrechte erhalten. Im Übrigen forderte er eine Umkehrung des „Rechtsverständnisses“: Der Bürger habe grundsätzlich Zugang zu den Vorgängen Verwaltung (prinzipielle Offenheit wie in Skandinavien); nur die Ausnahmen davon seien zu regeln. Thiel: Sonst gibt es nur eine Weiterentwicklung des klassischen Verwaltungsrechts. Bei der Kostenregelung sei nur der materielle Aufwand, nicht jedoch die Personalkosten in Rechnung zu stellen.

Als „Schritt in die richtige Richtung“ qualifizierte Professor Dr. Kurt Nuspliger, Staatsrechtler (Parlamentsdirektor) des Schweizer Kantons Bern, den Entwurf der CDU-Fraktion. Das Öffentlichkeitsprinzip sei auf dem Vormarsch, darum werde in der Schweiz in Kürze auf Bundesebene ein Gesetz über die Öffentlichkeit der Verwaltung vorgelegt. Der Anspruch auf Information sei im CDU-Entwurf zweckmäßig formuliert, allerdings sollte auf die Formulierung „berechtigtes Interesse“ verzichtet werden. Ebenfalls entbehrlich sei als Ausnahme Klausel von der „Effektivität des Verwaltungshandelns“, weil damit ein erheblicher Ermessensspielraum zur Einschränkung des Öffentlichkeitsprinzips, das nach den Erfahrungen in der Schweiz keineswegs zur Lähmung der Verwaltung führe, eingeräumt werde. Nuspliger konnte sich auf Befragen nicht darauf entsinnen, dass es wegen etwaiger in den Akten enthaltenen Betriebsgeheimnisse von Firmen zu rechtlichen Auseinandersetzungen gekommen wäre.

Professor Dr. Ulrich Battis (Berlin) meinte, die „deutsche Bedenkenträgerie wird den internationalen Kulturwandel nicht aufhalten“. Nicht zuletzt in (übergeordneten) europarechtlichen Regelungen, wie etwa bei der Umweltinformationsrichtlinie, gebe es den Rechtsanspruch auf Einsichtnahme. Auch auf der Ebene des Bundes gebe es ein allgemeines Informationsgesetz, das sich derzeit in der Ressortabstimmung befinde, da empfehle er „reinzuschauen“. Auch für ihn war der vorliegende Gesetzentwurf ein Schritt in die richtige Richtung, Battis warnte aber davor, hinter den erreichten interna-

tionalen Standard zurückzufallen, denn: „Wir sind in Deutschland hoffnungslos Provinz in diesem Bereich.“

Von Seiten der staatlichen Datenschutzbeauftragten kamen Dr. Alexander Dix (Brandenburg), Professor Dr. Hansjürgen Garstka (Berlin) und Dr. Helmut Bäumler aus Schleswig-Holstein zu Wort, deren Länder bereits über Gesetze zur Informationsfreiheit verfügen. Dix riet dazu, in Sachen Ausnahmeregelungen/Anwendungsbereich von vornherein Nägel mit Köpfen zu machen. Bei negativen Ergebnissen sei auf eine Kostenerstattung zu verzichten. Um die Kompetenzen in einer Hand zu bündeln, sei die Aufsichts- und Beratungsfunktion in der Hand der Datenschützer vorzusehen. Garstka führte zu den Erfahrungen mit dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz aus, es sei keineswegs zum befürchteten „Stillstand der Verwaltung“ gekommen; der Arbeitsanfall konnte bewältigt werden. Inzwischen werde überlegt, Einsichtsrechte auch im nicht gesetzlich geregelten Verwaltungsbereich zu schaffen. Er regte an, die Verwaltungen sollten ihre Aktenpläne ins Internet stellen, damit die Auskunft Suchenden erfahren können, was es an Akten gebe. Konflikte mit dem Datenschutz sah er nicht, auch wenn in seinem Bundesland sich die Grenze zugunsten der Informationsfreiheit verschoben habe. Bäumler nannte eine zusätzliche Beratungspflicht der Verwaltungen für den Bürger hilfreich. Die Ausgestaltung des Verfahrens sei zu erweitern: Der Bürger sollte entscheiden können, ob der Einsicht nehmen will, eine Auskunft erhalten möchte oder eine Kopie wünscht. Die nordrhein-westfälische Datenschützerin Bettina Sokol regte an, die Verwaltungstätigkeit von Gerichten sollte ebenso wie die — bislang ausgenommenen — obersten Landesbehörden dem Informationsanspruch unterliegen. *jk*

Das Rund der Expertinnen und Experten (v. r.): Bettina Sokol (mit dem Rücken zur Kamera), Professor Garstka, Dr. Dix, Professor Battis, Professor Nuspliger, Dr. Kuhn. Im mittleren rechten Bildhintergrund der FDP-Abgeordnete Karl Peter Brendel, stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses. Foto: Schälte



Einigkeit bei Sachverständigen zum Volksbegehren und Volksentscheid

Plebiszitäre Mitwirkung kann Politik vitalisieren



Meinungen zu der entscheidenden Frage, ob dem Volk mehr Mitwirkung gegeben werden soll: Sachverständige im Anhörungsround.

Fotos: Leuschner

Weitgehende Einigkeit unter den Sachverständigen bestand bei einer Anhörung des Hauptausschusses unter der Leitung seines Vorsitzenden Edgar Moron (SPD) am 8. März zu den Gesetzentwürfen der Koalition zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheid sowie dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheid (Drs. 13/462, 457, 187). An dem Hearing nahmen auch Mitglieder der mit beratenden Ausschüsse u.a. des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform, des Rechtsausschusses und des Ausschusses für Kommunalpolitik teil.

Man habe zwei Gesetze zur Änderung der Landesverfassung. „Wir werden diese beiden Gesetzentwürfe sehr ausführlich beraten müssen, denn wir brauchen, um eine solche Verfassungsänderung durchzuführen, eine Zweidrittelmehrheit“, stellte der Vorsitzende einleitend fest und bekräftigte: „Also brauchen wir einen breiten Konsens im Landtag.“ Es gehe um Volksinitiativen, um Volksbegehren und Volksentscheid. Die Letzteren habe man in der Landesverfassung, aber sie seien mit Quoren versehen, die dazu geführt hätten, dass es eigentlich seit Bestehen des Landes Nordrhein-Westfalen gar kein richtiges Volksbegehren gegeben habe. „Ich habe mit großer Aufmerksamkeit die Stellungnahmen der Sachverständigen gelesen. Ich habe erfreulich große Übereinstimmung gefunden“, sagte Moron. Es gebe natürlich zwei Gesetzentwürfe mit unterschiedlichen Inhalten im Detail. Aber im Grundsatz sei in allen enthalten, mehr Demokratie zu wagen, mehr plebiszitäre Elemente in der Landesverfassung auszubauen. Keiner der Sachverständigen habe sich dagegen ausgesprochen und dies als für die Demokratie gefährdend betrachtet. Dies sei als Einstieg in die Diskus-

sion schon ein sehr erfreuliches Ergebnis. Den Reigen der Sachverständigen eröffnete Professor Dr. Joachim Wieland, Rechtswissenschaftler der Universität Bielefeld, mit der Feststellung: „Im Grundsatz scheint Einigkeit zu bestehen, dass man plebiszitäre Elemente verstärken kann in der Verfassungsordnung des Landes, das man Hürden etwas verringern kann.“ Er glaube, Nordrhein-Westfalen habe letztlich in soweit gleiche Traditionen, die man in ganz Deutschland feststellen könne. Es habe sich nach den Erfahrungen der Weimarer Republik und nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland sehr stark ausgeprägt, plebiszitäre Elemente könnten Gefahren in sich bergen, könnten zu Missbrauch führen. „Ich denke, man hat gute Gründe, das schon für die Weimarer Zeit eigentlich zu bezweifeln“, sagte Wieland. Nach seiner Auffassung sei es nicht nachweisbar, dass in Weimar gerade plebiszitäre Mitwirkungsmöglichkeiten dazu geführt hätten, dass die Weimarer Republik zu Grunde gegangen sei. Jetzt jedenfalls, nachdem man seit 50 Jahren in einer gefestigten parlamentarischen Demokratie lebe, scheine ihm das Argument nicht sehr überzeugend zu sein. Er vertrat die Auffassung, es sei in der Landesverfassung so angelegt, dem Volk mehr Mitwirkungsmöglichkeiten einzuräumen und solche Elemente „ein Stück weit zu verstärken“. Professor Dr. Wolfgang Löwer vom Institut für Öffentliches Recht der Universität Bonn begann mit einer „grundsätzlichen Bemerkung“ zum Thema, die tragende Bedeutung habe. Es sei ein Unterschied zwischen repräsentativen und plebiszitären Entscheidungen. Das repräsentative Entscheiden sei von der Hoffnung geprägt, der Abgeordnete entscheide in Bindung an die Verfassung, in Bindung an Gesetz und Recht, und er entscheide mit Blick auf das Ganze. Er solle insofern Vertreter des ganzen Volkes sein und bei seinen Entscheidungen letztlich seiner eigenen Verantwortung folgen. Das plebiszitäre Entscheiden folge diesen Regeln nicht. Zwar sei es richtig, dass auch das Volk an die Verfassung gebunden sei, das

Ergebnis der Gesetze durch das Volk müsse der Verfassung entsprechen. Aber der Einzelne sei berechtigt, vollständig seiner subjektiven Beliebigkeit bei der Stimmabgabe zu folgen. In der Art des Entscheidens liege ein substantieller Unterschied. Löwer machte unter Hinweis auf die Unterstützung in dieser Frage durch den Bremischen Staatsgerichtshof und den bayerischen Verfassungsgerichtshof geltend, insofern werde das plebiszitäre Element das repräsentative Entscheidungssystem ergänzen können, es aber nicht substantiell verdrängen dürfen.

Dass es zu einer Aushöhlung des parlamentarischen Systems in irgendeinem der Bundesländer gekommen wäre, habe man nicht feststellen können, sagte Professor Dr. Christoph Degenhart von der Juristenfakultät der Universität Leipzig. Diese Gefahr sei als eher fernliegend anzusehen. Was die gestaltende Rolle der Landesparlamente betreffe, so habe diese gestaltende Rolle eigentlich nicht zugenommen, sondern eher abgenommen. „Es sind sicher nicht Entwicklungen der plebiszitären Demokratie, die hierfür die Ursache waren“, betonte Degenhart. Sondern die Ursachen für den Verlust an Gestaltungskompetenz der Landesparlamente liege in vielen anderen Bereichen „und sind Ihnen allen ja bekannt“. Zu begrüßen sei, dass nun klargestellt werde, dass sich Volksbegehren und Volksentscheid auch auf die Landesverfassung beziehen könnten. Zuvor bereits hatte der Professor in einem Papier festgehalten, dass in keinem der vorliegenden Gesetzentwürfe die dort vorgeschlagene Stärkung plebiszitärer Elemente zu einer Gefährdung der demokratischen Grundordnung führe – ebensowenig wie diese Grundordnung in anderen Bundesländern bisher gefährdet gewesen sei.

Die vorgesehenen Erleichterungen und die Ausweitung der direktdemokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten des Volkes in Sachfragen erhöhe nach seiner Einschätzung die Vitalität des politischen Prozesses und bedeute nicht zwangsläufig eine Schwächung

der Repräsentationsorgane, des Parlamentes, unterstrich Professor Dr. Helmut Siekmann von der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum. Es sei nach seiner Einschätzung und nach dem, was er an ausländischen Erfahrungen kenne, nicht notwendigerweise ein Nullsummenspiel. Im Gegenteil, es könne insgesamt den politisch-administrativen Effekt verbessern, verstärken. Diese direktdemokratische Mitwirkungsmöglichkeit sei auch ein Instrument, um unmittelbar das wahrzunehmen, was das Volk bewege und könne Gefühlen der Unzufriedenheit und der Resignation entgegenwirken. Außerdem biete es als Ergänzung zu den Repräsentationsorganen auch ein Instrument der Balance. Letztlich diene es dazu, wenn in einem Land langjährig etablierte politische Mehrheiten existierten, eventuell verkrustete Strukturen aufzulockern. Das gehe, ohne die gewählten Repräsentationsorgane zu beschädigen, was sonst die Gefahr wäre, wenn man derartige Entwicklungsmöglichkeiten nicht kanalisieren würde. Siekmann fuhr fort, es sei grundsätzlich gesagt worden, dass repräsentative Elemente nicht verdrängt werden dürften. Das sei nach seiner Einschätzung nicht so zwingend. Durch Verfassungsänderung könne auch das Gewicht zwischen den repräsentativen und den direkt demokratischen Elementen verschoben werden. Bundesverfassungsrechtliche Vorgaben stünden nicht entgegen.

Unmittelbare Demokratie

Der Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Staatslehre und Verfassungsgeschichte an der Universität Bielefeld, Professor Dr. Christoph Gusy, verweist in einer Stellungnahme darauf, die Stärkung der unmittelbaren Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger entspreche seit rund 15 Jahren einer kontinuierlichen Tendenz im deutschen Landes- und Kommunalverfassungsrecht. Sie habe inzwischen ihren Niederschlag in praktisch sämtlichen Länderverfassungen gefunden. In praktisch keinem Bundesland werde heute die Wahl als ausschließlich zulässige Form der Ausübung des Volkswillens angesehen, von welchem bekanntlich „alle Staatsgewalt ausgeht“. Diese Grundtendenz stoße in der Öffentlichkeit sowie in den beteiligten Fachwissenschaften ganz überwiegend auf Zustimmung. Die ausschließliche Fokussierung der Staatsgewalt auf die repräsentative Demokratie, wie sie insbesondere dem Grundgesetz für den Bund entnommen werde, bleibe hinter den erreichten Standards auch zahlreicher anderer westeuropäischer Staaten zurück.

Es sei eine politische Frage, die der Landtag zu entscheiden habe, ob und wie weit in die Landesverfassung stärker als bisher plebiszitäre Elemente aufgenommen werden sollten, erklärte Dr. Gertrud Witte für den Deutschen Städtetag Nordrhein-Westfalen, zugleich auch für den Städte- und Gemeindebund NRW. Die kommunale Seite sei nur insoweit betroffen, als sie die Initiativen Volksbegehren und Volksentscheid durchzuführen habe. Auf die Städte komme, das werde offensichtlich sein, ein erhöhter Verwaltungsaufwand und Kosten zu. Zur Grundsatfrage führte Frau Witte aus, es gebe zurzeit quer durch alle Parteien einen starken Trend zu Volksinitiativen. Das alte Wort von



Leitete die Anhörung: Hauptausschussvorsitzender Edgar Moron (SPD), rechts im Bild Ausschussassistent Wolfgang Fröhlecke.
Foto: Leuschner

Willy Brandt, mehr Demokratie wagen, werde zunehmend im Sinne von mehr unmittelbare Demokratie wagen, verstanden. Auf kommunaler Ebene seien deshalb in allen Ländern die Möglichkeiten zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden verbessert, erweitert worden. Sie erinnerte an einen „klugen Beschluss“ des Deutschen Städtetages aus dem Jahr 1995. Da habe es geheißen, sofern diese plebiszitären Elemente das bürgerschaftliche Engagement fördern, den Rat und die Verwaltung unter erhöhten Begründungszwang setzten und der Politikverdrossenheit entgegenwirkten, seien sie zu begrüßen.

Der Landesgeschäftsführer des Vereins Mehr Demokratie in NRW, Rechtsanwalt Peter Neumann, betonte selbstverständlich gebe es Volksgesetze, die auch der verfassungsrechtlichen Kontrolle unterliegen

müssten. Man habe in der deutschen Verfassungslandschaft, im Landesverfassungsrecht, seit 1990 Rechtsinstitute, die die Volksinitiative positiv bezeichneten. Vorher habe es solche Rechtsinstitute nicht gegeben. „Aber den Begriff der Volksinitiative gab es schon.“ Nachdem die meisten Bundesländer ähnliche Bestimmungen zur Volksinitiative kodifiziert hätten, tauche der Begriff mit zwei Bedeutungen auf, hält Neumann in einem Exposé fest. Zum einen werde er für eine so genannte qualifizierte Massenpetition verwendet. Zum anderen könne damit auch ein konkret ausgestaltetes Gesetzesinitiativrecht des Volkes gemeint sein. Das gesetzgeberische Anliegen der vorliegenden Gesetzentwürfe sei die Regelung einer qualifizierten Massenpetition, wobei eine bestimmte Mindestzahl an Unterstützern erforderlich sei.



Datenschützer warnen vor „gläsernem Internet“

Vor einem „gläsernen Internet“ aufgrund der schwindenden Anonymität der Nutzer des World-Wide-Web haben die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder zum Abschluss ihrer 61. Konferenz vom 8. bis 9. März im Düsseldorf gewarnt. Landtagsvizepräsident Jan Söfing (FDP, links im linken Bild) hatte die Datenschützer zu Beginn der Tagung in den Räumen des Landtags begrüßt. Unter Vorsitz der NRW-Datenschutzbeauftragten Bettina Sokol (rechts) wurde unter anderem über den Datenschutz bei der Bekämpfung von Datenkriminalität, die Novellierung des G-10-Gesetzes, das Informationszugangsgesetz und die Neufassung des Bundesdatenschutzgesetzes diskutiert. Weitere Informationen unter www.lfd.nrw.de.

Foto: Leuschner

Verkehrsausschuss erhöhte Haushaltsansätze

Mehr für Schienen, Radwege und Straßen

Der Verkehrsausschuss wickelte in der von Manfred Hemmer (SPD) geleiteten Sitzung am 8. März eine umfangreiche Tagesordnung ab, auf der außer den Anträgen der Fraktionen zum Haushaltsentwurf 2001 auch die Themen Luftverkehr, Metrorapid, der ÖPNV-Ausbauplan, Vergaberecht, Grundwasserschutz, Gender Mainstreaming in der Frauenpolitik und ein Antrag zur Grundschulstandortzuweisung standen.

Mit den Stimmen aller vier Fraktionen nahm der Ausschuss die von SPD und GRÜNEN beantragte Erhöhung der Investitionszuschüsse für nichtbundeseigene öffentliche Eisenbahnen um acht auf 22 Millionen Mark an. Zur Begründung hieß es im Antrag, die Erhöhung sei notwendig, um die Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene voranzutreiben. Auch werde privates Kapital mobilisiert, mit positiven Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. GRÜNE-Sprecher Peter Eichenseher äußerte sich zufrieden über zusätzliche Millionen für Strecken, aus denen sich die DB zurückziehe. CDU-Sprecher Günter Langen sagte, das sei ein alter Antrag der CDU. Ebenfalls Zustimmung erteilte die CDU-Opposition einer von SPD und GRÜNEN beantragten Erhöhung der Mittel für Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen um zehn auf 95 Millionen Mark, während die FDP dagegenstimmte. Bei den SPD-/GRÜNE-Anträgen, den Baransatz für Baumaßnahmen bei Landesstraßen um 25 auf 150 Millionen Mark und für Radwege an Landesstraßen um eine auf zehn Millionen Mark zu erhöhen, enthielt sich die CDU, die FDP stimmte dagegen. Mit der Mehrheit von SPD und GRÜNEN wurde der Antrag angenommen. In einem eigenen Antrag wollte die CDU den Ansatz für Landesstraßenbau allerdings auf 180 Millionen Mark erhöhen. Beim Radwege-Titel wurde die Erhöhung auch damit begründet, die landesweit einheitliche Wegweisung solle

in diesem Jahr abgeschlossen werden. Weiter sollen „Service, Beratung und Kommunikation“ beim Radverkehr gefördert werden. Auch die im Entwurf veranschlagten Zuweisungen an die Gemeinden für Radwegbau und Lärmschutz erhöhte der Verkehrsausschuss um fünf auf 24 Millionen Mark.

Die Anträge der CDU-Opposition, Aufwendungen für Veranstaltungen, Mittel für die Kommission „Zukunft der Bahn in NRW“ und die Förderung von „Koordinierungsaufgaben im ÖPNV“ (18 Millionen Mark) zu streichen, wurden abgelehnt. SPD-Sprecher Gerhard Wirth erklärte, die Bahnmesse „rail#tec“ solle auch in diesem Jahr durchgeführt werden. CDU-Sprecher Günter Langen hielt den Koordinierungsaufwand nicht für zwingend notwendig und meinte, die Zukunft der Bahn sei Sache des Bundes. Auch bei den Ausgaben für Sicherheit und Service bei der Bahn wollte die CDU sparen und hielt 30 Millionen Mark wie im Vorjahr für ausreichend. Wirth (SPD) verwies jedoch auf Bedürfnisse der Bevölkerung hin. Christof Rasche (FDP) schloss sich der CDU-Position an. Mit der Mehrheit von SPD und GRÜNEN wurde die Erhöhung des Ansatzes befürwortet.

Bei kleineren Straßenbaumaßnahmen (bis zu fünf Millionen Mark Gesamtkosten) hielt die CDU wegen erheblichen Bedarfs die Erhöhung um 26 auf 46 Millionen Mark für notwendig, was SPD und GRÜNE jedoch ablehnten wie auch den FDP-Antrag, diese

Mittel um 35 Millionen Mark zu erhöhen. Die FDP legte einen Entschließungsantrag „Privatwirtschaftliche Vorfinanzierung des Anti-Stau-Programms für Bundesfernstraßen in NRW“ (1,2 Milliarden Mark) vor, in dem auf die überlangen Staus auf NRW-Autobahnen und weitere Verkehrszuwächse hingewiesen wurde. Mit der Vorfinanzierung solle eine vorzeitige Realisierung dringend notwendiger Maßnahmen ermöglicht werden. FDP-Sprecher Rasche wies außerdem auf volkswirtschaftlichen Nutzen und Kostenentlastung für Betriebe durch Wegfall von Staus sowie auf Beschäftigung für die Bauwirtschaft hin. Auch Marianne Thomann-Stahl (FDP) empfahl, dadurch den Verkehrsnutzen schneller herbeizuführen. Gerhard Wirth (SPD) sah dagegen verfassungsrechtliche Probleme. Heinz Hardt (CDU) empfahl, diesen Weg auszuloten. Leitender Ministerialrat Bernd Ketteniß teilte mit, die private Vorfinanzierung werde als verfassungswidrig angesehen und komme nur noch für Mitfinanzierung infrage. Der Antrag wurde von CDU und FDP befürwortet, von der Mehrheit von SPD und GRÜNEN jedoch abgelehnt.

Anschließend wurde der so geänderte Entwurf des Einzelplans 08 (Bereich Verkehr) mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN angenommen und die Änderungen dem Haushaltsausschuss zur Zustimmung empfohlen.

Die Beratung des ÖPNV-Ausbauplans vertagte der Verkehrsausschuss auf eine Sondersitzung am 5. April. In der Vorlage 13/486 stellt Verkehrsminister Ernst Schwanhold auf Wunsch der kommunalen Aufgabenträger 26 Vorhaben der Stufe 2 vor, und zwar elf zum Ausbau kommunaler Schienennetze und 15 des Nahverkehrs. Das Investitionsvolumen betrage 1,9 Milliarden Mark. Bis 2005 müsse jedoch für drei große Tunnelvorhaben in Köln, Düsseldorf und Duisburg nur eine Milliarde zur Verfügung stehen. In dringenden Fällen könnten, so erklärt der Minister, weitere Vorhaben in den Ausbauplan aufgenommen werden. Nach einer Frage des CDU-Abgeordneten Dr. Rolf Hahn teilte Leitender Ministerialrat Eckhard Busch mit, es werde geprüft, ob das Verbot der Doppelförderung (Investitions- und Betriebskosten) fallen gelassen werde. Eine weitere Frage von Gerhard Lorth (CDU) beantwortete er dahingehend, dass das Problem der Verkehre von DB-Wagen auf S-Bahn-Gleisen gelöst sei.

Teil des Ausbauplans sei ferner, fuhr Schwanhold fort, die Bahnhofsinitiative, wozu die Landesregierung mit der DBAG eine Rahmenvereinbarung zur Modernisierung von mehr als hundert Bahnhöfen abgeschlossen habe. „Im Interesse der Fahrgäste“ seien die Bahnhöfe streckenbezogen ausgewählt worden. An zehn Strecken sollten die Bahnhöfe attraktiver werden. Der verkehrspolitische Sprecher der GRÜNEN, Peter Eichenseher, bewertete das „Paket“ sehr positiv, bezweifelte aber, ob die Bahn ihren kleinen Eigenanteil, aufbringen werde. Minister Schwanhold sicherte die Finanzierung zu, berichtete aber auch von sehr zögerlichen Verhandlungen mit der Bahn und nicht nachvollziehbaren Begründungen. Ihren Finanzierungsanteil müsse die Bahn leisten. SPD-Sprecher Wirth dankte für den Plan. Auf eine Frage von Bernhard Schemmer (CDU) teilte LMR Busch mit, die Zweckverbände hätten zugestimmt, und die Vorhaben seien aus den Regionen angemeldet worden.

Unterausschuss Metrorapid

Der Verkehrsausschuss setzte in der von Manfred Hemmer (SPD) geleiteten Sitzung am 8. März auf Antrag von SPD und GRÜNEN einen Unterausschuss Metrorapid ein. Der Beschluss erfolgte einstimmig und bedarf noch der Zustimmung des Landtags. Dem Unterausschuss sollen sieben Mitglieder (3 SPD, 2 CDU, je eins von FDP und GRÜNEN) angehören. Zuvor hatte Minister Ernst Schwanhold über den großen Erfolg seines und des Ministerpräsidenten Treffens mit Bahnchef Mehdorn und dem Metrorapid-Hersteller und zur Machbarkeitsstudie berichtet, die vom Bundesverkehrsministerium in Auftrag gegeben worden ist.

Als Aufgabe des Unterausschusses formulierten die Antragsteller, der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs habe in NRW hohe Priorität. Daher müssten konkrete Maßnahmen zügig entschieden, Regional- und Nahverkehr im Ballungsraum Rhein-Ruhr massiv beschleunigt werden. In den kommenden zwölf Monaten werde die Realisierbarkeit der Metrorapidstrecke geprüft. Bei der Bewertung seien die verkehrlichen Auswirkungen von großer Bedeutung. Der Unterausschuss des Verkehrsausschusses solle die Untersuchungen und Planungen der Landesregierung zeitnah begleiten.



Fünf Millionen Mark mehr für kommunale Radwege veranschlagt der Verkehrsausschuss.

Foto: Max Grönert

Anhörung Luftverkehr

Die öffentliche Anhörung des Verkehrsausschusses zur NRW-Luftverkehrskonzeption 2010 findet aufgrund von Raumproblemen nicht am 26. April statt, sondern am Montag, 11. Juni, 11.00 Uhr, Plenarsaal.

Expertengespräch im Frauenausschuss

Schwangerschaftskonfliktberatung

Unter Leitung der Vorsitzenden Gerda Kieninger (SPD) führte der Ausschuss für Frauenpolitik zusammen mit dem Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie eine Anhörung zur Schwangerschaftskonfliktberatung auf der Grundlage von Anträgen der Koalitionsfraktionen und der CDU (Drs. 13/666 und /605) durch. Die Stellungnahmen orientierten sich an den vorgegebenen Fragen nach der Eignung des Konzeptes der Landesregierung zur Sicherstellung der pluralen und wohnortnahen Versorgung, der Bewertung des Grundsatzes, Schwangerschaftskonfliktberatung als Gesamtaufgabe zu betrachten sowie an der Frage, welche Anforderungen an eine sexualpädagogische Beratung (Prävention) zu stellen sind.

Der Sprecher der kommunalen Spitzenverbände Schranz betonte, dass der gesetzlich vorgegebene Schlüssel für die Beraterinnen von 1:40 000 pro Einwohner im Prinzip für die reine Konfliktberatung ausreiche, jedoch nicht für die Präventionsarbeit. Die Pluralität müsse regional überprüft werden. Kommunale Gebietskörperschaften seien vor Abgabe von Förderzusagen des Landes an einzelne Träger grundsätzlich zu beteiligen und dies nicht nur unter dem Aspekt einer kommunalen Ko-Finanzierung.

Der Grundsatz, Schwangerschaftskonfliktberatung als Gesamtaufgabe zu betrachten, sei sinnvoll. Sexualpädagogische Beratung (Prävention) sei nur von einem speziellen Fachbereich mit eigenem Arbeitsauftrag und entsprechender Medienausstattung zu leisten. In den kommunalen Haushalten gebe es hierfür nicht die notwendigen Mittel.

Der Vertreter des katholischen Büros, Dr. Vogt, bemängelte, dass die katholischen Beratungsstellen, die innerhalb des staatlichen Systems beraten, keine Landeszuschüsse erhalten. Er plädierte für die Möglichkeit der Auswahl „zwischen Beratungsstellen unterschiedlicher weltanschaulicher Ausrichtung“. Er kritisierte, dass auf Kosten der Krankenversicherung die beratenden Ärzte mit 50 Prozent und die ohne Gewährung weiterer Landeszuschüsse arbeitenden Ehe- und Lebensberatungsstellen mit 25 sowie die in Frauenberatungsstellen mit 10 Prozent auf den Versorgungsschlüssel angerechnet werden. Aus Sicht der katholischen Kirche erfülle das Konzept der Landesregierung derzeit die bundesgesetzlichen Vorgaben nicht. Es sei auch nicht ge-

eignet, eine plurale, wohnortnahe Versorgung sicherzustellen. Hinsichtlich der Anforderungen an sexualpädagogische Beratung (Prävention) sei die ausgewiesene Kompetenz von Beraterinnen und Beratern Grundvoraussetzung.

Der Vertreter des evangelischen Büros, Foerster, betonte die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus der Beratungsstellen und wies gleichzeitig darauf hin, dass evangelische Träger in der Fläche so genannte integrierte Beratungsstellen vorhalten würden, die neben Ehe-, Lebens- und Familienberatung auch die Schwangerschaftskonfliktberatung geleistet hätten. Bis heute sei jedoch die Frage unbeantwortet, ob und inwieweit die Landesregierung ein derart gestaltetes Angebot akzeptiere. Die Kommunen handhabten ihren Beitrag zur Finanzierung willkürlich. Daher fordere die evangelische Kirche Regelungen, die eine zuverlässige und sichere Finanzierung durch das Land und die Kommunen gewährleisten. Die Ausgestaltung der sexualpädagogischen Beratung sei bisher nicht ausreichend entwickelt. Lehrerinnen und Lehrer könnten dies nur in Zusammenarbeit mit fachlich ausgebildeten Multiplikatorinnen leisten. Wichtig sei ihm die Fortschreibung der Richtlinien für die sexualpädagogische Arbeit, die nur bis Ende 2001 gelte.

Der Vertreter des Landesverbandes Pro Familia NRW e.V. Wuppertal, Dietmar Berke, bewertete das Konzept der Landesregierung zur Sicherstellung der geforderten pluralen und wohnortnahen Versorgung als geeignet. Es werde jedoch nicht deckungsgleich mit den Vorstellungen der



Gerda Kieninger (SPD), Vorsitzende des Ausschusses für Frauenpolitik. Fotos: Schälte

Kommunen und Kreise umgesetzt. Fachkräfte ohne Weiterbildung für sozialpädagogische Beratung seien nicht in der Lage, ein sexualpädagogisches Konzept umzusetzen.

Die Vertreterin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Dörthe van der Voorth, befürwortete die landesweite Ausbauplanung, die die vorhandenen Beratungs- und Trägerstrukturen aufgliedert in Versorgungsbezirke zur Grundlage der Entscheidung der Mittelvergabe mache. Wie alle Vorredner bewertete sie die Schwangerschaftskonfliktberatung als Gesamtaufgabe zu betrachten, positiv. Zu den Anforderungen der sexualpädagogischen Beratung hob auch sie die Notwendigkeit entsprechender Präventionsstrategien hervor.

Die Vertreterinnen des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln, Christa Pesch, vertrat die Auffassung, dass ausgehend von den bundesgesetzlichen Vorgaben der Versorgungsgrad, der von der Landesregierung im Versorgungsschlüssel berücksichtigt sei, nicht dem tatsächlichen Bedarf entspreche. Sie kritisierte, dass beratende Ärzte im Versorgungsschlüssel zu 50 Prozent angerechnet würden, obwohl sie in der Regel lediglich in einem bisher nicht bekannten Umfang Beratung wahrnahmen. Bei sexualpädagogischer Beratung gebe es die Einzel- und Paarberatung in Fragen zu Sexualität, Familienplanung und Empfängnisverhütung und die schulische und außerschulische sexualpädagogische Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sie betonte die zur Erfüllung dieser Aufgaben zwingende Notwendigkeit von spezifischen Fortbildungen und Supervisionen.

(wird fortgesetzt)



Wegen unterschiedlicher Interessen keine gemeinsame Stellungnahme der beiden Großkirchen, v.l. Karl-Heinz Vogt (Katholisches Büro NRW), Karl-Wolfgang Brandt (Evangelisches Büro).

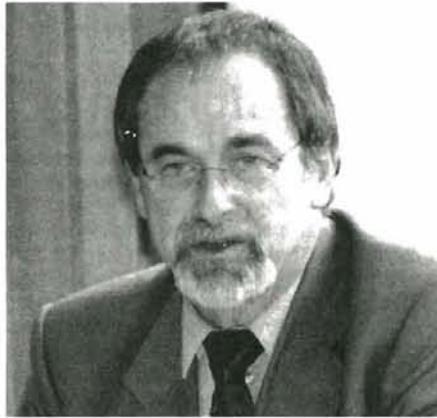
Personalie

Franz-Josef Britz (CDU), Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der Essener CDU-Ratsfraktion, ist vom Herrenmeister des Johanniterordens mit dem Ehrenzeichen der Johanniter-Unfall-Hilfe ausgezeichnet worden. Der Politiker Britz ist seit sieben Jahren ehrenamtlich in der JUH in Essen engagiert. Sein Einsatz für ältere, kranke und behinderte Menschen und für den Haus-Notruf gehe weit über normales Engagement hinaus, begründeten die Johanniter die Ehrung.

Unterausschuss Personal Opposition erfolglos?

Der Unterausschuss Personal stimmte in der von Vorsitzendem Helmut Stahl (CDU, Foto) geleiteten Sitzung am 12. März über personalrelevante Änderungsanträge der Fraktionen zum Haushaltsentwurf 2001 ab und nahm die teilweise geänderten Entwürfe aller Einzelpläne mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU- und FDP-Opposition an. Alle Fraktionen stimmten einer Änderung im Haushaltsgesetz zu, wonach, wie die stellvertretende Vorsitzende Gisela Walsken (SPD) erläuterte, Beamtinnen und Beamten des mittleren technischen Dienstes in der Arbeitsschutzverwaltung die Chance zu einem Aufstieg in den gehobenen Dienst (Gewerbeoberinspektor/in) ermöglicht werden soll.

Oppositionsanträge für mehr Stellen in einigen Ressorts fanden keine Mehrheit. CDU und FDP wollten 300 bzw. 250 neue Polizeiplanstellen. Weiterer FDP-Antrag: 80 „künftig wegfallende“ Stellen für Anwärter im gehobenen Dienst (Bes.Gr. A 9) als Hilfsbeamte der Gerichtsvollzieher zu nutzen, da durch die Zwangsvollstreckungsnovelle (in Kraft ab 1999) erhebliche Mehrbelastungen zu verkraften seien. Verzögerungen bei Vollstreckungsaufträgen seien der Bevölkerung nicht weiter zuzumuten, meinte die FDP, deren Ausführungen sich die CDU anschloss. Im Justizvollzug wollte die CDU Verbesserungen für Anstaltsleiter erreichen, die dem Maß ihrer Verantwortung entsprächen, und 25 Oberwerkmeisteranwärter und 100 mehr Justizvollzugsoberssekretärinwärter einstellen als geplant. Die



FDP sah die Sicherheitslage im geschlossenen Vollzug als deutlich verschärft an und wollte fällige kw-Vermerke vorläufig bis zum 31.12.2002 verlängern.

Beim Einzelplan 05 (Schule/Wissenschaft) beantragte die CDU erfolglos, für das Landesinstitut Soest freigestellte Lehrer an den Schulen zu lassen, um so den Unterrichtsbedarf sicherzustellen. An der Universität Köln will die CDU einen neuen Lehrstuhl einrichten, um Lehrer für den islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache auszubilden. CDU und FDP halten „Geld statt Stellen“ für nicht ausreichend oder untauglich. Die CDU verlangt die Wiedereinführung der Stellenreserve ab dem Schuljahr 2001/2002. Die FDP kritisiert, „Geld statt Stellen“ führe zu einem ständigen Wechsel der Bezugspersonen und sei äußerst bürokratisch organisiert. FDP und CDU wollen die Jubiläumssprämie für Lehrer an öffentlichen Schulen für langjährige Tätigkeit wieder einführen. Den Verstärkungstitel für Personalausgaben im Einzelplan 20 will die FDP von 180 Millionen auf 2,44 Milliarden Mark erhöhen, um zusätzliche Lehrerstellen, höhere Einstiegsbesoldung und Hochschullehrer zu finanzieren. Sie begründet das mit steigenden Klassenfrequenzen, sozialen Konflikten, verstärktem Rückzug vieler Eltern aus der Erziehungsverantwortung und wachsender Gewaltbereitschaft unter Kindern. SPD und GRÜNE beschlossen 150 neue Stellen der Besoldungsgruppe A 12 an Hauptschulen für die pädagogische Bewältigung von Belastungen der Kinder und Jugendlichen aus armen Familien und mit Migrationshintergrund sowie gravierenden Lernschwierigkeiten. Hier stimmte die CDU zu, ebenso 500 neuen Stellen an Realschulen für die Verbesserung der fachspezifischen Unterrichtsversorgung, 75 zusätzlichen Stellen (Sek I) für besonders belastende Aufgaben an Gesamtschulen und 75 neuen Stellen für Sonderschullehrer.

Die CDU will ihre Stellenmehrforderungen mit Personal-Einsparungen von 1,5 Prozent, außer in den Bereichen Schule, Hochschule, Polizei und Justizvollzug, decken. SPD und GRÜNE lehnten die Oppositionsanträge ab. Nach den vom Vorsitzenden Stahl sehr zügig durchgeführten Abstimmungen äußerten Unterausschussmitglieder ihren Unmut über das gesamte Haushaltsberatungsverfahren und über die sehr knappe Einreichung der Fraktionsanträge, das den Abgeordneten keine Befassung mit den Antragsinhalten erlaube. Vorsitzender Stahl sprach die Hoffnung aus, dass sich in den nächsten Haushaltsberatungen die zeitlichen Abläufe im Sinne der Abgeordneten verbessern.

Zwangspfand zeigt mehr Reformbedarf

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie befasste sich in der vom Vorsitzenden Dr. Helmut Linssen (CDU) geleiteten Sitzung am 7. März mit Änderungsanträgen zum Haushaltsentwurf 2001 und mit FDP-Anträgen zum Zwangspfand für Getränkedosen und zu Gewerbeflächen.

Mit der Mehrheit von SPD und GRÜNEN nahm der Wirtschaftsausschuss zwei Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2001 an, und zwar die Aufstockung des Ansatzes für berufliche Weiterbildung um 3,2 auf sechs Millionen Mark und des Ansatzes für neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk um 288 000 auf 3,2 Millionen Mark. CDU- und FDP-Anträge, die Mittelstandsförderung zu erhöhen, bei Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Medienwirkung dagegen zu kürzen, wurden abgelehnt. Auch ihre Anträge, die kleinen und mittleren Unternehmen stärker für Internet-Geschäfte zu unterstützen, wurden abgelehnt. Die Internet-Fähigkeit mittelständischer Betriebe sah Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold zwar als von zentraler Bedeutung an, fand aber den von der Landesregierung eingeschlagenen „Steinbruch“ verschiedener Maßnahmen besser. Rüdiger Sagel (GRÜNE) verwies auf einen eigenen Antrag seiner Fraktion. Den FDP-Antrag, die Zuschüsse für Steinkohle-Verstromung auf die Hälfte (500 Millionen Mark) zu kürzen, lehnte auch CDU-Sprecher Christian Weisbrich ab. Dr. Linssen erinnerte an den Vertrag von 1997. Reiner Priggen (GRÜNE) erinnerte an FDP-Äußerungen vom Herbst 2000 zur Anschlussregelung bis 2015 und hielt das jetzige Begehren für absurd. Dr. Gerhard Papke (FDP) bestand darauf, es könne keinen lebensfähigen Steinkohlebergbau in Deutschland geben, und jetzt hätten die Bergleute noch Beschäftigungschancen. Den FDP-Antrag, bei erneuerbaren Energien zu kürzen, hielt Priggen für Unsinn, da die Brennstoffzellentechnik aussichtsreich sei und jede Fördermark fünf private Mark mobilisiere.

Den Antrag seiner Fraktion „Zwangspfand für Getränkeverpackungen stoppen; Flexibilisierung der Mehrwegquote forcieren“ (Drs. 13/370) begründete im mitberatenden Wirtschaftsausschuss Dr. Gerhard Papke (FDP) mit höchst fragwürdiger Lenkungswirkung des Zwangspfands. Reiner Priggen (GRÜNE) meinte dagegen, freiwillige Vereinbarungen hätten nicht gegriffen. Zwischen ökologisch vorteilhaften und nicht vorteilhaften Verpackungen müsse unterschieden werden. Über das gesamte Duale System müsse geredet werden. Minister Schwanhold sah noch erheblichen Klärungsbedarf bei dem ökologisch, landschaftschützend und betriebswirtschaftlich relevanten Vorhaben. Bernhard Schulte (CDU) sprach sich für den FDP-Antrag, also gegen den Zwangspfand aus, der sich sogar negativ auf die Landschaftsvermüllung auswirken könne. Die SPD-/GRÜNE-Mehrheit lehnte den Antrag gegen die Stimmen von CDU und FDP ab. Der (federführende) Umweltausschuss stimmte am Nachmittag einer Entschließung zum FDP-Antrag zu, in der sechs Erwartungen an die Novelle des Bundes zu Verpackungen formuliert sind (Drs. 13/828).

Frauenpolitik

Wie allen Ausschüssen lag auch dem Haushaltsausschuss der Antrag von SPD und GRÜNEN „Gender Mainstreaming gezielt und konsequent umsetzen“ (Drs. 13/713) zur Mitberatung vor. In dem Antrag verlangen die Koalitionfraktionen unter anderem, bei der Umsetzung alle Statistiken und Berichte geschlechterdifferenziert zu führen. Auch verpflichtet sich der Landtag, „bei der fachlichen Arbeit seiner Ausschüsse verstärkt auf die potentiellen geschlechtsspezifischen Auswirkungen seiner Entscheidungen zu achten“.

Nach anfänglichem Zögern gab es eine kurze Aussprache. Helmut Diegel (CDU) erklärte sich als Vater von vier Töchtern für befangen, befürwortete aber den Aufstieg von Frauen in Führungspositionen, was auch ein wichtiges Ergebnis der Landtags-Enquetekommission „Zukunft der Arbeit“ gewesen sei. Die CDU vermisste im Übrigen angesichts der schwachen Frauenerwerbsquote die Umsetzung in NRW. Edith Müller (GRÜNE) wies auf eine Unternehmerin aus Bremen hin, die seit 600 Jahren die erste Frau in ihrer Branche sei. Angela Freimuth (FDP) bedauerte, dass der Antrag auf Frauen verkürzt sei, obwohl Männer ebenfalls betroffen seien. SPD und GRÜNE im Haushaltsausschuss stimmten dem Antrag bei Enthaltung der CDU und Gegenstimmen der FDP zu.

Haushaltsentwurf zur 2. Lesung abgestimmt

Der Haushalts- und Finanzausschuss führte in der vom Vorsitzenden Volkmar Klein (CDU) geleiteten Sitzung am 15. März, die für die Beratung und Abstimmung der Anträge aus den Fachausschüssen für die 2. Lesung im Plenum vorgesehen war, eine dreistündige Generalausssprache. Anlass war außer dem Haushaltsentwurf auch das 2,2-Milliarden-Bildungsprogramm bis 2005, das Schulministerin Gabriele Behler, Finanzminister Peer Steinbrück und die Fraktionsvorsitzenden Edgar Moron (SPD) und Sylvia Löhrmann (GRÜNE) am Anfang der Woche der Landespressekonferenz vorgestellt hatten. Zugleich war die Aussprache ein „Probelauf“ für die Plenardebatte in der folgenden Woche.

Zunächst ging es in zwei Runden um das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2001. Winfried Schittges und Helmut Diegel (CDU) begründeten die Ablehnung mit nicht mehr hinnehmbaren Befrachtungen. Von den 100 Millionen Mark Zweckzuweisungen für Schulgebäude erhielten nur die Gemeinden etwas, die ihre „Hausaufgaben“ nicht gemacht hätten. Die CDU wolle bei 200 Millionen Mark Schlüsselzuweisungen den Gemeinden die Verwendung für Schul-sanierungen freistellen. Dr. Ingo Wolf (FDP) errechnete aus der Landesaufgabe Flüchtlingsaufnahme, die die Kommunen trügen, und dem Entzug von 310 Millionen Mark für den (verstaatlichten) Straßenbau eine Befrachtung von 700 Millionen Mark, sodass kein Verbundsatz von 23 Prozent bleibe. Er fragte, wo die 2,2 Milliarden Mark für Bildung im Haushalt zu finden sein würden.

Erwin Siekmann (SPD) betonte, trotz der Steuerausfälle in Höhe von 4,8 Milliarden Mark bleibe der Verbundsatz von 23 Prozent erhalten. Die 100 Millionen Mark seien, berichtete er, nicht für Sanierungen, sondern für Schulneubauten bestimmt. Beim Straßenbau folge das Geld der Aufgabe. SPD und GRÜNE beantragten außer den 100 Millionen Mark für Schulneubau fünf Millionen Mark für einen „Bahnflächenpool“.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) schloss sich an und teilte mit, die beiden Fraktionen hätten einen Prüfauftrag zum Problem der Schulbausanierung erteilt. Er äußerte sich sehr optimistisch, dass die 2,2 Milliarden Mark bis 2005 aufgebracht würden. Edith Müller (GRÜNE) wies auf den europäischen Zusammenhang bei der Schuldenproblematik hin und sagte, die größeren Lasten durch die Steuerreform trügen die Länder. Helmut Diegel kritisierte die GRÜNE-Forderung, die Finanzkraft der Gemeinden zu 100 Prozent in die Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich einzubeziehen, was NRW besonders belasten würde. Nach weiteren Wortmeldungen lehnte der Haushaltsausschuss FDP-Änderungsanträge mit Umschichtungen von dreistelligen Millionenbeträgen en bloc ab, und

die Mehrheit stimmte dem GFG-Entwurf mit den beiden von Siekmann erwähnten, im Kommunalausschuss beschlossenen Änderungen zu.

Es folgte eine Generalausssprache zum Haushaltsgesetzesentwurf 2001. Helmut Diegel (CDU) kritisierte, die Neuverschuldung falle weit hinter frühere Zielsetzungen zurück, die Investitionsquote werde weiter auf unter zehn Prozent gesenkt, und die Personalsteuerquote steige über die Grenze auf 54 Prozent. Das seien falsche Signale. Weder im Haushaltsentwurf noch in den zwei Ergänzungsvorlagen habe die Landesregierung Handlungsbedarf bei Lehrerstellen gesehen. Weitere Einsparungen bei Sachmitteln und Förderprogrammen würden jetzt für machbar gehalten im Gegensatz zu früheren Erklärungen. Die Deckungsvorschläge von Finanzminister Steinbrück seien ein Ausdruck von Hilflosigkeit und nicht seriös. Helmut Stahl (CDU) kritisierte, bei der Personalagentur ziehe die Koalition durch 14 Ausnahmeregelungen dem „Tiger“ noch den letzten Backenzahn.



Ihm gratulierte der Vorsitzende nachträglich zum 65. Geburtstag: Erwin Siekmann (SPD), hier vertretungsweise Fraktionssprecher beim Thema Kommunalfinanzien.

Edith Müller (GRÜNE) hielt den CDU-Vorschlag, eine lineare 1,5 Prozent-Kürzung beim Personal für absolut unseriös, weil bei Schulen, Hochschulen, Finanzverwaltung, Polizei und den Gerichten keine Stellen entbehrlich seien. Die GRÜNEN wollten Schluss machen mit der Vorstellung, dass Subventionen auf Dauer gewährt würden. Auch wenn es bitter werde, freue sie sich auf die Haushaltsberatungen 2002. Ernst-Martin Walsken (SPD) erläuterte das neue Schulprogramm der Koalition und die Deckungen. Das Programm sei ehrgeizig. Die Stellenreserve habe die Koalition bewusst abgeschafft, weil zugewiesene Lehrer für den normalen Unterricht eingesetzt würden. Die SPD werde noch vor der Sommerpause grundsätzlich über moderne Schulorganisation beraten, wobei auch die Rolle der Kommunen berücksichtigt werde. Die Nettokreditemächtigung habe der Finanzminister in der 2. Ergänzungsvorlage bereits



Bekämpfte „Befrachtungen“ der Gemeindefinanzien: Dr. Ingo Wolf (FDP) neben Fraktionsgeschäftsführer Winfried Hegemann (L).

um 290 Millionen Mark gesenkt. Bei den Programmen (rd. 7,6 Mrd. Mark) sollten 2,5 Prozent und bei den sächlichen Verwaltungsausgaben (4,6 Milliarden Mark) ein Prozent, also 122 Millionen Mark im Jahr erwirtschaftet werden. Den Abbau von 9 000 bis 10 000 kw-Stellen „werden wir schaffen“. Der Verbundsatz beim GFG solle in dieser Wahlperiode nicht verändert werden.

Dr. Ingo Wolf (FDP) bezeichnete die FDP-Gegenfinanzierungsvorschläge als „revolutionär“, weil größerer Umstrukturierungsbedarf erkannt werde. Zu den von der FDP geforderten Einsparungen bei den Kohlesubventionen hatte sein Kollege Dr. Stefan Grüll bereits geäußert, die Bergleute seien jung und gut ausgebildet und hätten alle Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Betriebsbedingte Kündigungen gebe es auch in anderen Branchen bei schlechter Auftragslage, fügte Dr. Wolf hinzu.

Staatssekretär Dr. Harald Noack errechnete 100 000 Stellen (von 340 000 Landesbediensteten insgesamt) als mögliche Basis für „künftig wegfallend“-Vermerke. Beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) seien 50 Millionen Mark Rendite pro Jahr zu erwarten, die zur Deckung herangezogen werden könnten. Nach dem Ende der Generalausssprache, der Übernahme der Beschlüsse des Unterausschusses Personal (s. Bericht auf Seite 14) und den Abstimmungen über Änderungsanträge aus den Fachausschüssen nahm der HFA das (geänderte) Haushaltsgesetz mit dem Haushaltsplan gegen die Stimmen von CDU und FDP an. Das Haushaltsvolumen des Jahres 2001 beträgt danach 96 150 097 900 Mark.



Mahnnte föderale Pflichten an: Edith Müller (GRÜNE), finanzpolitische Sprecherin und Vizepräsidentin des Landtags, neben ihrem Fraktionskollegen Rüdiger Sagel. Fotos: Schälte



Zweifelte an realistischer Haushaltspolitik der Koalition: Helmut Diegel, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Überraschung in Sachen Bau- und Liegenschaftsbetrieb: Ausschuss akzeptiert Kanzler-Papier

Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung hat unter Leitung des Vorsitzenden Joachim Schultz-Tornau (FDP) in seiner abschließenden Haushaltsberatung zum Wissenschaftsetat auf Antrag der Koalitionsfraktionen der SPD und GRÜNEN einige Änderungen beschlossen, die überwiegend einstimmig (bei Stimmenthaltung der CDU) angenommen wurden. So wurde etwa die Graduiertenförderung um 2970 000 auf 6 250 000 Mark erhöht, um weiterhin eine individuelle Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses wie auch des künstlerischen Nachwuchses zu ermöglichen.

Zuvor waren CDU und FDP mit eigenen Anträgen gescheitert, diesen Ansatz um fünf Millionen zu erhöhen. Mit dem Ziel, die Forschung in innovativen Zukunftsfeldern voranzubringen und vor allem weitere Projekte der transferorientierten Forschung und Entwicklung in Fachhochschulen zu finanzieren, wurden die Zuschüsse zur Förderung

von Forschungsvorhaben, künstlerischen Entwicklungsvorhaben und patentfähigen Forschungsergebnissen um 4,054 Millionen auf 6,4 Millionen Mark erhöht. Im Rahmen der Offensive „Zukunftsorientierte Spitzenforschung“ wurden die Zuschüsse zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben um 4,2 Millionen auf 6,35 Millionen Mark angehoben, damit vor allem weitere Spitzenforschungsprojekte in der IuK (Information und Kommunikation) Technik, der Biotechnologie und der Umwelt- und Energieforschung ermöglicht werden.

Die sächlichen Verwaltungsausgaben beim Programm „Studienreform 2000 Plus“ wurden um 4,5 auf 8,5 Millionen Mark aufgestockt, um dem Schwerpunkt des Programms im Hinblick auf das Multimedia-Landesprogramm für den Hochschulbereich gerecht werden zu können. Die Frauenförderung im allgemeinen Hochschulbereich wurde um insgesamt 600 000 Mark heraufgesetzt, um der Tatsache Rechnung

zu tragen, dass durch das neue Hochschulgesetz und das Landesgleichstellungsgesetz die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten erweitert worden seien.

Die Anträge der CDU-Fraktion scheiterten an den Gegenstimmen der SPD und GRÜNEN. Im Wesentlichen wollte die CDU-Fraktion ein Landesprogramm zur Sicherung der Hochschulinfrastruktur durch Förderung von dringend notwendigen Bau- und Sanierungsmaßnahmen für eine ordnungsgemäße Lehre und Forschung in Höhe von 100 Millionen einrichten. Mit 40 Millionen sollte ferner ein Landesprogramm zur Modernisierung der technischen und apparativen Ausstattung (Geräteprogramm) sowie mit zehn Millionen Mark ein landeseigenes Sofortprogramm zur Weiterentwicklung des Informatikstudiums geschaffen werden. Die FDP-Fraktion kam mit ihren Änderungsanträgen ebenfalls nicht zum Zuge. Durch eine Änderung der Haushaltsvermerke im Rahmen des Versuchs „Hochschule und Finanzautonomie“ zugunsten der Verfügung von Ausgaberechten durch die Hochschulen sollte eine größere Finanzautonomie und eine höhere Flexibilität in der Finanzplanung seitens der Hochschulen ermöglicht werden. Außerdem sollten für ein Sonderprogramm zur Verstärkung für Investitionen in Forschungsgrößgeräte, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und IuK-Technik 250 Millionen Mark bereitgestellt werden.

Einen weiteren Schwerpunkt der Tagesordnung bildete der Antrag von SPD und GRÜNEN „Unsere Hochschulen fit machen für das 21. Jahrhundert: Autonomie stärken, Profilbildung fördern, Qualität verbessern“ (Drs. 13/715). Auf die Frage von Manfred Kuhmichel, Sprecher der CDU-Fraktion, wie der weitere Fahrplan der Landesregierung zur Umsetzung der Empfehlungen des Expertenrats aussehe, erwiderte die Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD), in den nächsten Wochen würden Perspektivgespräche mit den Hochschulen durchgeführt. Sie beabsichtige, den Ausschuss über die Schritte umfassend zu informieren. Voraussichtlich trete die entsprechende Rechtsverordnung am 1. Juni 2001 in Kraft. Eine förmliche Beteiligung des Ausschusses sei dazu im Übrigen nach dem neuen Hochschulrecht nicht vorgesehen. Mit der Umsetzung in den Hochschulen sei zu Beginn des Wintersemesters 2001/02 zu rechnen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden Schultz-Tornau (FDP) werden sich die Obleute der Fraktionen über die weitere Vorgehensweise des Ausschusses im Hinblick auf die Begleitung der Umsetzung der Expertenrat-Empfehlungen verständigen.

Zu einem unerwarteten Ergebnis kam es, als der Wissenschaftsausschuss über erste Erfahrungen mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB) im Hochschulbereich beriet: Nach ausführlicher Diskussion beschloss der Ausschuss mit knapper Mehrheit, sich dem Positionspapier der Kanzler der Universitäten NRW anzuschließen. Dieser Beschluss kam mit neun Stimmen von CDU und FDP gegen die zum Zeitpunkt der Abstimmung abgegebenen acht Stimmen von SPD und GRÜNEN zustande. Hintergrund war die von den Hochschulen erhobene Kritik, dass der BLB die Selbständigkeit der Universitäten ignoriere und die vom Landtag am 6. Dezember 2000 in Verbindung mit dem Gesetz zur Errichtung des BLB auf Antrag der Koalitionsfraktionen beschlossene Entschließung (Drs. 13/503) außer Acht lasse.

„Weiterer Meilenstein zur Integration“

Zum Abschluss seiner Haushaltsberatungen zum Entwurf des Einzelplans 15 – Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie – hat der Ausschuss für Migrationsangelegenheiten unter Leitung der Vorsitzenden Britta Altenkamp-Nowicki (SPD) auf Antrag der Koalitionsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einstimmig beschlossen, die Titelgruppe zur Förderung von Maßnahmen und Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie zur friedlichen Konfliktregelung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf um insgesamt 829 000 Mark zu erhöhen.

Zur Begründung verwiesen die Koalitionsfraktionen darauf, dass im Rahmen des vorgenannten Förderprogramms bislang neun Modellprojekte gefördert worden seien, die Diskriminierungen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wohnen und Stadtteil sowie öffentliche Verwaltung und Umgang im Alltag zum Thema haben. Auf der Basis des Evaluationsberichts des Landesentrums für Zuwanderung solle ein Konzept entwickelt werden, das die Antidiskriminierungsarbeit verstetigt und weiter qualifiziert. Die Erhöhung der Haushaltsansätze soll einer uneingeschränkten Fortführung und einer entsprechenden Weiterentwicklung des Programms dienen.

Der Antrag der CDU-Fraktion, die Zuschüsse an kulturelle oder ähnliche Einrichtungen im Rahmen der Durchführung von Aufgaben nach Paragraf 96 des Bundesvertriebenengesetzes um 34 000 Mark zugunsten der Projektförderung bei den Vertriebenenverbänden zu erhöhen, wurde von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP abgelehnt.

Außerdem befasste sich der Ausschuss für Migrationsangelegenheiten eingehend mit dem Antrag der CDU-Fraktion „Einheit in Vielfalt – Programm für eine erfolgreiche Politik der Integration“ (Drs. 13/416). Für das Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie stellte Staatssekretär Dr. Josef Fischer fest, dass es zur Integration keine Alternative gebe. Das Land habe auf diesem Gebiet beachtliche Pionierarbeit geleistet. Der Antrag der CDU sei in vielen Punkten konstruktiv und füge sich weitgehend in die bisherige Integrations- und Förderpolitik der Landesregierung ein. Über einzelne Aspekte des Antrags gebe es noch Beratungsbedarf. Besonders zu unterstreichen

sei, dass die Integration der ausländischen Mitbürger und der deutschen Spätaussiedler eine vorrangige landes- und gesellschaftspolitische Aufgabe sei.

Der Sprecher der CDU-Fraktion, Willi Zylajew, der auch auf einen von seiner Fraktion durchgeführten mehrtägigen Fachkongress in dieser Sache verwies, zeigte sich überzeugt, der CDU-Antrag füge sich nicht nur in die bisherige Integrationspolitik ein, sondern gebe auch Anstöße zur Optimierung. Aus seiner Sicht sei es möglich, mit dem Antrag gemeinsam einen weiteren Meilenstein in der Integrationspolitik zu setzen. Zum weiteren Verfahren schlug er vor, die Fraktionen sollten ihre Stellungnahmen oder Änderungswünsche schriftlich austauschen; danach sollten sich die Fraktionssprecherinnen und Sprecher über eine gemeinsame Position verständigen.

Für die SPD begrüßte deren Sprecherin Vera Dedanwala diesen Vorschlag und unterstrich den Wunsch, ein gemeinsames Ergebnis zu erreichen. Dr. Ute Dreckmann (FDP) wertete als Sprecherin ihrer Fraktion den Antrag als unterstützungswürdig. Zu klären sei allerdings die Frage der angesprochenen Druckmittel bei Zuwanderern, die keine Sozialhilfeleistungen beziehen. Auch der GRÜNE-Sprecher Jamal Karsli zeigte sich erfreut. Er vermisste im Antrag die Berücksichtigung auch von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Vorsitzende Britta Altenkamp-Nowicki (SPD), die auf ein erfolgreiches Modellprojekt in Essen zu arbeitsweltbezogenen Sprachkursen aufmerksam machte, vertrat die Ansicht, der Blick müsse nicht nur auf Migranten, die bereits hier sind, sondern auch auf solche, die noch kommen werden und wollen, gerichtet sein.

Abgeordnete informieren sich über Möglichkeiten der medizinischen Telematik

Vor Jahrtausenden verhinderte die biblische Sprachverwirrung den Bau des Turms von Babylon. Heute, im Zeitalter der globalen elektronischen Datenverarbeitung, scheint die Menschheit noch nicht viel weiter fortgeschritten zu sein; etwa im Gesundheitswesen steht sie vor einem ähnlichen Problem. In diesem Bereich werden Daten von den verschiedensten Stellen erhoben und gespeichert. Das geschieht oft in den unterschiedlichsten Programmiersprachen, mit eigener Software und spezieller Hardware. Der Effekt: Weitergabe und Austausch wichtiger Angaben, zum Beispiel über den gesundheitlichen Status eines Menschen – zum Wohl des Patienten und unter Beachtung seiner informationellen Selbstbestimmung –, sind allzu oft nicht möglich. Das hat unnötige medizinische Doppeluntersuchungen zur Folge, die den Patienten belasten, rasche Behandlungen verzögern können und außerdem die Kosten im Gesundheitswesen in die Höhe treiben.

Damit könnte bald Schluss sein, wenn die Arbeit von derzeit acht – weitere Neueinstellungen sind in diesem Jahr geplant – Informatikern und Wissenschaftlern in Krefeld-Fichtenhain von Erfolg gekrönt ist. Dort im ZTG, dem Zentrum für Telematik (Telematik ist ein Kunstwort aus Telekommunikation und Informatik) im Gesundheitswesen GmbH, arbeiten sie mit einer Anschubfinanzierung des Landes und unterstützt von zahlreichen Partnern aus Gesundheitswesen und Wirtschaft in Form einer „Public-Private-Partnership“ an der Schnittstelle von Gesundheitswesen, Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Politik. Eines der wichtigen Ziele des erst vor wenigen Monaten gegründeten „zentralen Kompetenzzentrums“ ist dabei, eine Standardisierungsplattform zu schaffen, die angesichts von derzeit vorhandenen 200 bundesweiten Netzen Insellösungen vermeidet und das Vorhandene zu einem tragfähigen Gesamtkonzept einer patientenorientierten und integrierten Gesundheitsversorgung zusammenführt.

Als Stichworte nannte beim Besuch des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Flüchtlinge und Vertriebenen unter dem Vorsitz von Bodo Champignon (SPD) Mitte des Monats ZTG-Geschäftsführer Dr. Armin Sternitzke in diesem Zusammenhang das „elektronische Rezept“, die „virtuelle Patientenakte“ und den „elektronischen Arztausweis“. Mit diesen und anderen Projekten des Zentrums komme man den Zielen näher, die mit innovativer Technologie zu erreichen seien: Qualitätssicherung und -steigerung, einer effektiveren medizinischen Versorgung, effizienteren Versorgungs- und Verwaltungsabläufen sowie mehr Bürgernähe und Kompetenz der Patienten durch Information und Transparenz.

Die Kompetenz der Patientinnen und Patienten verbessern möchte das Bürger- und Patienteninformationssystem „Gesundheit NRW“. Es ist mit den Mitgliedern der Landesgesundheitskonferenz abgesprochen und wird von Dr. Thomas Baehring von der Arbeitsgemeinschaft Medizinische Lern- und Informationssysteme an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf aufgebaut. Das Informationsangebot mit eigenem Internet-Portal (künftig: www.gesundheit-nrw.de) soll den Bürgerinnen und Bürgern bei der Suche nach einem Arzt, Krankenhaus oder einer Selbsthilforganisation helfen, die für Information und Behandlung eines bestimmten Krankheitsbilds über nachprüfbar Erfahrungen verfügen. Die beiden ersten ins Auge gefassten Themenbereiche sind „Diabetes mellitus“ und „Krebsprävention“. Der Fluss der Nachrichten soll dabei nicht nur in einer Richtung verlaufen, es ist ein Dialog mit den Bürgern und Patienten angestrebt.

Weil der Gesundheitsstandort NRW auch ein Wirtschaftsstandort ist, will das ZTG (www.ztg-nrw.de) ebenfalls zu dessen Weiterentwicklung beitragen. Das geschieht zum einen durch die erste web-basierte interaktive Wissens- und Projektdatenbank für medizinische Telematik-Projekte in Nordrhein-Westfalen; dazu ist der TELE-MED-Atlas NRW im Aufbau. Er gibt Antwort auf die Frage: „Wer macht was in welchem Bereich?“ und hilft mit dieser Transparenz, unnötige Doppelentwicklungen zu vermeiden und durch Informationsaustausch Entwicklungen zu beschleunigen. Über 20 Projekte sind schon dargestellt und im Internet präsent (www.telemed-atlas.de). Eine Ausdehnung auf das Bundesgebiet ist, ausgelöst durch Anfragen aus anderen Bundesländern, die das große Interesse an diesem Branchenserver dokumentieren, in der Planung.

In Kürze fällt im Gesundheitsministerium des Landes auf Empfehlung des ZTG-Beirats die Entscheidung im Regionen-Wettbewerb, der im Dezember vergangenen Jahres ausgelobt worden ist. Hier beraten die Krefelder Telematiker Musterregionen des Landes, in denen der Prozess der Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien im Gesundheitswesen besonders weit fortgeschritten ist. Diese Musterregionen werden durch die ZTG intensiv betreut und bei ihrer Weiterentwick-

lung unterstützt. Das geschieht in der Erwartung, dass die Ergebnisse auch auf andere Regionen zu übertragen sind und so zu einer besseren Vernetzung und Kooperation in der Region beitragen und zu Impulsen darüber hinaus beitragen können.

Was hat einmal der normale Mensch von dieser bundesweit einmaligen Einrichtung? Ausschussvorsitzender Bodo Champignon, selbst Mitglied im ZTG-Aufsichtsrat, machte das an einem Beispiel deutlich: Ein Autofahrer aus NRW verunglückt schwer auf einer bayerischen Autobahn. Er wird notärztlich versorgt, und während der Hubschrauber das nächste Krankenhaus ansteuert, vertiefen sich dort die zur weiteren Versorgung bereitstehenden Ärzte schon in die Daten, die ihnen die persönliche Patientenakte auf elektronischem Wege liefert. So sind die Mediziner an der Isar in der Lage, aufgrund der an Rhein und Ruhr beim niedergelassenen Arzt oder im Krankenhaus erhobenen und dokumentierten Befunde die Krankheitsvorgeschichte und mögliche individuelle Risiken bei ihrem ankommenden Patienten zu erkennen und unverzüglich lebensrettende Hilfe zu leisten.

J. K.

MRVG-Anhörung

Die ursprünglich für Anfang April vorgesehene Anhörung des Gesundheitsausschusses zum Maßregelvollzugsgesetz (MRVG) ist auf Dienstag, den 24. April, verschoben worden. Die Anhörung beginnt um 14 Uhr im Plenarsaal des Landtags. Gegenstand ist der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes (Drs. 13/608). Eingeladen sind unter anderem Vertreter der Bürgerinitiativen und der kommunalen Spitzen bestehender und neuer Standortgemeinden von Einrichtungen des MRV.



Ein attraktiver Standort für eine einmalige Einrichtung: Das modern hergerichtete Haus eines ehemaligen Jugendheims, in dem die ZTG arbeitet. Das Zentrum hatte kürzlich Informationsbesuch vom Gesundheitsausschuss. Hier auf dem Bild (v. l.): Dr. Jana Pavlik (FDP), Rudolf Henke (CDU), Staatssekretärin Cornelia Prüfer-Storcks vom Gesundheitsministerium, Ausschussvorsitzender Bodo Champignon (SPD), Ursula Monheim (CDU) und ZTG-Geschäftsführer Dr. Armin Sternitzke.

SPD-Fraktion

Qualitätsoffensive wird konsequent durchgeführt

Bei der Bildungstagung der Schulleitungsvereinigung NRW e.V. hat SPD-Fraktionsvorsitzender Edgar Moron bekräftigt, dass die in Nordrhein-Westfalen eingeleitete bildungspolitische Qualitätsoffensive umfassend und konsequent fortgeführt werde. Dabei gehe es nicht nur um zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer zur Sicherung des Unterrichts. Zeitgleich werde der Landtag die Voraussetzungen für mehr Selbstständigkeit der Schulen und für eine Reform der Lehrerausbildung schaffen.

Es gehe darum, die Qualität unserer Schulen auf neue Anforderungen und das hohe Tempo von Veränderungen einzustellen. Dazu diene die Stärkung der

Naturwissenschaften, die Ausstattung mit internetfähigen Computern und die Qualifizierung der Lehrer dafür. Dazu gehöre das Abitur auch nach zwölf Schuljahren für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler ebenso wie die frühzeitige Förderung Benachteiligter und Lernschwächerer. Bereits im Nachtragshaushalt des vergangenen Jahres seien Mittel für Sprachfördergruppen bereitgestellt worden. Zudem werde eine von Land, Wirtschaft und Privaten finanzierte Stiftung für den internationalen Schüler-, Lehrer- und Studentenaustausch auf den Weg gebracht.

Die Schule der Zukunft erhält wesentlich mehr Selbstständigkeit, sie wird von bürokratischen Vorschriften entlastet und erhält mehr Gestaltungsspielraum, unterstrich Edgar Moron. Dazu gehöre zwingend die eigenständige Personal- und Sachmittelbewirtschaftung. Noch vor der Sommerpause werde eine gesetzliche Öffnungsklausel in den Landtag eingebracht, die die rechtliche Grundlage schaffe. Das gelte auch für die grundlegende Reform der Lehrerausbildung.

★

„Wir sorgen dafür, dass die Lebenssituation bedürfti-

ger älterer Menschen spürbar verbessert wird.“ Das unterstreicht Michael Scheffler, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Mit der Entscheidung, die Haushaltsmittel für die Altererholung gegenüber dem Haushaltsentwurf um fünf Millionen Mark zu erhöhen, werde ein wichtiges sozialpolitisches Signal gesetzt. Wichtig sei auch, dass die Haushaltsmittel für die so genannten komplementären ambulanten Dienste allein im Bereich der Seniorenpolitik um vier Millionen Mark erhöht werden sollen. Das helfe älteren Menschen dabei, so lange wie möglich in ihrer häuslichen Umgebung leben zu können.

★

Ein erleichterter Zugang von Migrantinnen und Migranten zum Arbeitsmarkt ist nach Auffassung des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Horst Vöge, ein wichtiger Beitrag zur Integration. Deshalb setzt sich die SPD dafür ein, dass in Nordrhein-Westfalen die restriktiven Regelungen des Zugangs zum Arbeitsmarkt gelockert werden. Die integrationspolitische Positionsbestimmung ist ein Schwerpunktthema der Fraktionssitzung am 24. April 2001.

CDU-Fraktion

Eigenverantwortung bei Gebäudemanagement für NRW-Hochschulen

Der Wissenschaftsausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags hat auf Antrag der CDU die vorbehaltlose Unterstützung der nordrhein-westfälischen Hochschulen in ihrer Auseinandersetzung mit dem neuen Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen beschlossen. „Die Hochschulen des Landes benötigen dringend Planungssicherheit für ihr Gebäudemanagement“, erläuterte Manfred Kuhmichel, wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, den Antrag. Mit neun Stimmen von CDU und FDP ge-

gen acht Stimmen von SPD und GRÜNEN entschied der Ausschuss, die Position der Kanzler der nordrhein-westfälischen Hochschulen gegenüber dem BLB inhaltlich voll zu übernehmen.

Die Hochschulen des Landes hatten erst vor kurzem auch öffentlich moniert, dass die seit Jahresbeginn zuständige Zentralbehörde des Landes die Selbstständigkeit der Hochschulen ignoriere und deutlich mehr Bürokratie verursache. Selbst kleinste Reparaturen der Hochschulen müssten zentral genehmigt werden, eilige Baumaßnahmen gerieten in Verzug. Die Kanzler hatten damals der neuen Behörde eine Geringschätzung der Hochschule und Rambo-Verhalten vorgeworfen.

„Der Wissenschaftsausschuss hat mit diesem Abstimmungsergebnis ein deutliches Zeichen der Unterstützung für die Hochschulen gesetzt. Wir wollen unter anderem

- genauso wie die Hochschulen –,

- dass diese für ihre Gebäudebewirtschaftung weiter selber verantwortlich sind,
- dass Bau- und Erhaltungsmaßnahmen und kleinere Baumaßnahmen von den Hochschulen eigenverantwortlich durchgeführt werden,
- dass die Hochschulen weiterhin die Prioritäten bei der Verteilung ihrer Mittel für Neu- und Umbaumaßnahmen setzen können

und diese Grundsätze durch den BLB nicht ausgehöhlt werden dürfen. Die Hochschulen können sich in Zukunft bei Auseinandersetzungen mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes stets auf den Beschluss des Wissenschaftsausschusses des Landtags berufen. Wir setzen auf die Autonomie und Eigenverantwortlichkeit der Hochschulen. Es ist bedauerlich, dass SPD und GRÜNE diesen Mehrheitsbeschluss des Ausschusses nicht haben mittragen können“, erklärte Kuhmichel abschließend.

FDP-Fraktion

Internet-Auftritt mit noch mehr Inhalten und neuem Layout

Die FDP-Fraktion macht Tempo in Nordrhein-Westfalen, und das natürlich auch im Netz. Unter dem Link www.nrwbrauchttempo.de informiert die neu gestaltete Homepage mit Flash, Esprit und Colour über die 24 Abgeordneten der Fraktion, die für die Bürger in NRW aufs politische Gaspedal drücken wollen.

Das neue Internet-Outfit bietet allen Interessenten direkt auf der Startseite einen Überblick über die aktuellen politischen Initiativen

der Liberalen sowie Kontaktadressen und Terminhinweise. Wer immer brandaktuell über die Arbeit des FDP-Teams informiert sein will, kann hier außerdem den Newsletter der Liberalen schnell und unkompliziert per E-Mail auf den Rechner zu sich nach Hause holen.

Die Rubrik „Aktuelles“ gibt einen Einblick in die tägliche Arbeit der Abgeordneten. Sie zeigt in Fortsetzung zur Startseite die wichtigsten tagespolitischen Termine an und lädt zum ausführlichen Weiterlesen per Mausclick ein. Zusätzlich bietet sie eine übersichtliche Link-Liste zu weiteren regionalen, nationalen und internationalen liberalen Adressen im Netz.

„Wir sind jetzt da, wo sie uns brauchen!“, bekräftigen die Liberalen auf ihrer Homepage. Will heißen: Die FDP-Landtagsfraktion möchte

übersichtlich und präzise über ihre Arbeit im Netz informieren, und gleichzeitig auch informiert werden. Feedback, Kritik und Anregungen zu ihren politischen Initiativen oder zur Homepage selbst sind daher ausdrücklich erwünscht. Unter dem Link „Kontakte“ laden Pressestelle und Abgeordnete zum Austausch ein.

Politik ist Tagesgeschäft und entwickelt sich immer wieder neu. Entsprechend ist auch die Homepage der Liberalen immer „im Fluss“. So werden schon in Kürze die Abgeordneten über spezielle Audio-Video-Dateien mit politischen Statements in Wort und Bild auf den heimischen Rechnern zu Wort kommen.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

DIE GRÜNEN-Fraktion

Rote Karte für schlagende Männer!

Unter diesem Motto steht das Gewaltschutzgesetz der Bundesregierung und der von SPD und GRÜNEN im Antrag vom 19. März 2001 geforderte Landesaktionsplan gegen häusliche Gewalt.

Männer, die Frauen und Kinder schlagen, können nicht mehr darauf vertrauen, dass Polizei und Gerichte dies als Familienstreitigkeit zu den Akten legen. Zukünftig wird die Polizei das Recht erhalten, bei Gewalt im privaten Bereich den Gewalttäter sofort aus der Wohnung zu weisen. Er kann ein paar Sachen und seine Papiere mitnehmen, muss den

Schlüssel abgeben und bekommt die Auflage, sich in den nächsten Tagen weder der Wohnung noch dem Umfeld der Frau und der Kinder zu nähern. Die meisten gehen in dieser Zeit zu ihrer Mutter.

Der Landesaktionsplan orientiert sich eng an Erfahrungen mit den österreichischen Regelungen. Dort beträgt die Frist für diese polizeiliche Wegweisung 10 Tage. Innerhalb dieser Zeit bieten Interventionsstellen gegen Gewalt in der Familie den Gewaltopfern umgehend Hilfe und Unterstützung in dieser Krise an, schätzen mit der Frau anhand von bestimmten Faktoren das Gefährdungsrisiko ein und informieren über die Möglichkeit, bei Gericht die Wohnungszuweisung zu beantragen. Das Bundesgewaltschutzgesetz erleichtert es den Opfern von häuslicher Gewalt, die ursprünglich gemeinsame Wohnung für sich zu beanspruchen. Schlagende Männer müssen demnach damit rechnen, dauerhaft aus der Wohnung geschmissen zu werden.

Bevor es in NRW so weit ist, muss noch einiges passieren: Das Polizeigesetz muss geändert werden und die Polizei, Staatsanwälte und Gerichte müssen intensiv auf die Umsetzung dieser neuen Rechtsituation vorbereitet werden. Die Fachfrauen aus den Frauenhäusern und Beratungsstellen gilt es intensiv in diesen Prozess einzubeziehen. Alle, die mit Gewalt im häuslichen Bereich befasst sind, müssen sich untereinander vernetzen, um den betroffenen Frauen und Kindern in dieser Situation die größtmögliche Unterstützung zu bieten. Und wir müssen entscheiden, wer die Arbeit der österreichischen Interventionsstellen übernehmen soll. Die österreichischen Erfahrungen belegen, dass mit diesem Konzept viele von Gewalt betroffene Frauen und Kinder erstmalig erreicht werden. Endlich kann der Staat seiner Verpflichtung, Gewalt zu verhindern, auch im privaten Bereich gerecht werden.

Die TIMSS-III-Studie und das Bildungswesen in Nordrhein-Westfalen

Dass nordrhein-westfälische Schülerinnen und Schüler im Vergleich zu denen anderer Bundesländer deutlich seltener mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer als Leistungskurse wählen, treffe nicht zu. Das erklärt Schulministerin Gabriele Behler (SPD) in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des FDP-Fraktionsvorsitzenden Jürgen W. Möllemann und seines Fraktionskollegen Ralf Witzel zu „Konsequenzen aus der TIMSS-III-Studie für das Bildungswesen in NRW“. Die Ministerin berichtet, im Schuljahr 2000/2001 hätten in der Qualifikationsphase 32,3 Prozent der Schülerinnen und Schüler Mathematik, 27,4 Prozent Biologie, 7,2 Prozent Physik, 4,5 Prozent Chemie und 0,6 Prozent Informatik als Leistungskurs belegt. Damit untersehe sich das Wahlverhalten nordrhein-westfälischer Schülerinnen und Schüler nicht wesentlich von dem in TIMSS III („Third International Mathematics and Science Study“) ermittelten Durchschnitt. Wie aus dem Abschlussbericht zu TIMSS III hervorgehe, seien die Leistungen deutscher Schülerinnen und Schüler nicht „gering“, sondern lägen im internationalen Vergleich im Mittelfeld. Mit Inkrafttreten der Neuordnung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die gymnasiale Oberstufe würden Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe verpflichtet, mindestens zwei naturwissenschaftlich-technische Fächer oder zwei Fremdsprachen zu belegen. Möllemann und Witzel hatten in ihrer Anfrage darauf hingewiesen, dass die Ergebnisse der TIMSS-Studie durch die zunehmenden Klagen von Unternehmen und Hochschulen über mangelnde naturwissenschaftliche Kenntnisse bei Auszubildenden und Studienanfängern eindrucksvoll belegt seien. Der beklagenswerte Mangel an Fachkräften vor allem in der IT-Branche, aber auch in anderen naturwissenschaftlichen Berufsfeldern, sei eine natürliche Folge dieser durch TIMSS III erneut dokumentierten Fehlentwicklung in der Bildungspolitik.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
 Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
 Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
 Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner
 (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
 8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
 8 84 30 22
 Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag
 intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
 Pressesprecher des Landtags
 Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD),
 Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt
 MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
 Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamen-
 tarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel
 MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsfüh-
 rer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent;
 Notker Becker (CDU), Pressesprecher; Michael
 Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher
 (GRÜNE), Pressesprecher.
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.
 Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Ver-
 lag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
 ISSN 0934-9154
 Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
 LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-
 gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Christian Lindner kam mit 21 Jahren in den NRW-Landtag und ist dessen jüngstes Mitglied. Auch die Berufsangabe des FDP-Abgeordneten „Jungunternehmer“ sichert ihm weitere Aufmerksamkeit. Zusammen mit einem Partner leitet er eine Kölner Agentur für Unternehmenskommunikation. Das ist ein Berufsfeld, auf dem er schon auf eine vierjährige Erfahrung zurückblicken kann. Noch während seiner Schulzeit hatte er zunächst mit einem Mitschüler eine eigene Werbe-firma gegründet und nach ersten kleinen Projekten für örtliche Unternehmen Aufträge von einer Telefongesellschaft und einem Kreditinstitut erhalten.

Bei Kampfabstimmungen in der FDP setzte er sich als Mitglied des Landesvorstands durch und gewann auch im Wettbewerb die Aufstellung als Kandidat für die NRW-Landtagswahl auf Platz 19 der Landesliste. „Das führte zum Erfolg“, meint Lindner. Mit 12,9 Prozent der Stimmen für die FDP holte er in seinem Rheinisch-Bergischen Wahlkreis II außerdem ein Ergebnis noch über dem plötzlich angestiegenen Landesdurchschnitt der Partei. Lindner fügt hinzu, dass er keine Laufbahn als Berufspolitiker anstrebt, sondern die Politik als „Job auf Zeit“ betrachtet. Im Landesparlament meinte er: „Ich will, dass es vorangeht. Wir können uns das Abwarten nicht mehr leisten.“ Als sachkundiger Bürger hatte er im Kreistag mitgearbeitet, war Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen und seit 1996 Mitglied im Landesfachausschuss für Schule und Weiterbildung.

„Der kleine Möllemann“ oder „politischer Ziehsohn von Möllemann“ sind rasch angeklebte Etiketten, die der junge FDP-Abgeordnete nicht gelten lassen will. Daran dass sein Parteichef ihn zuweilen Bambi nennt, kann er nichts ändern. Aber lässiges Selbstbewusstsein und fröhlich optimistisches Auftreten lassen wohl wenig Bedarf an Protektion entstehen. Mit Möllemann habe er bisher höchstens 15 Minuten geredet, sagte Lindner noch gut einen Monat nach der Wahl.

Die Gründe für seinen Eintritt in die FDP erläutert er fast wie eine Marktanalyse. Die CDU war ihm zu konservativ und am klassischen Familienbild orientiert, die SPD zu „zähflüssig und festgefahren in ihren Traditionen“. Und bei den GRÜNEN schreckt ihn die lange Liste der Feindbilder ab, – vom BMW-Fahrer bis zur Großindustrie. Da kam ihm die FDP mit ihrer Weltoffenheit, ihrem kollegialen Flair und dem Bekenntnis zur Leistungsbereitschaft schon mehr entgegen.

Lindner glaubt an seine eigene Generation, die an Zusammenarbeit in Netzwerken denkt, in modernen Wirtschaftszweigen arbeitet oder an den Universitäten studiert. Dort hat der junge Bildungspolitiker eigene Erlebnisse. Schließlich ist er – „als mein dritter Beruf, der zurzeit etwas zu kurz kommt“ – an der Universität Bonn immatrikuliert und studiert Politische Wissenschaften, Philosophie und Neuere Geschichte. Am Ziel eines Abschlusses als M.A. hält er auf Sicht von einigen Jahren dennoch fest.

Die Schiefelage des Landes in der Hochschul- und Bildungspolitik ist so für ihn ein direktes Erlebnis: „Ich bin doch der einzige im Parlament, der weiß, was es heißt, zurzeit zu studieren. Ich habe die Bildungsmisere am eigenen Leib erfahren.“ In den Landtagsausschüssen für Wissenschaft und Forschung sowie für Schule und Weiterbildung ist Lindner stellvertretendes Mitglied. Dem Ausschuss für Sport und dem Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie gehört er als Vollmitglied an.

Mit der Frage, ob Eltern in Nordrhein-Westfalen ihre Kinder etwa bei McDonalds abgeben sollen, greift der junge Landtagsabgeordnete immer wieder Schwachstellen der landeseigenen Familienpolitik an. Eine anspruchsvollere Ganztagsbetreuung sei jedenfalls mit dem von der Lan-



Christian Lindner (FDP)

desregierung angekündigten Betrag von 50 Millionen DM nicht zu verwirklichen. In NRW gebe es 193 000 voll erwerbstätige Frauen mit teilweise mehreren Kindern im Alter von sechs bis 14 Jahren.

Christian Lindner: „Junge Frauen und junge Männer wollen sich heute nicht mehr alternativ zwischen Beruf und Familie entscheiden. Der bedarfsgerechten und flexiblen Betreuung ihrer Kinder kommt daher eine Schlüsselrolle zu.“ Mit einer Schärfe, die ihn schon mehrfach in Kontroversen mit Sozialdemokraten verwickelt hat, meint Lindner, er müsse befürchten, dass die pädagogischen Mindeststandards bei den in Aussicht gestellten 200 000 Betreuungspätzen von Ministerpräsident Clement „im haushaltspolitischen Tiefflug“ unterboten werden sollen.

„Es gibt bei uns eine sehr schwierige Differenz zwischen Ankündigungen auf der einen Seite und der tatsächlichen Situation.“ Diesem Vorbehalt Lindners in einer Plenardebatte des Landtags zeigt die Unzufriedenheit seiner Generation mit der eingefahrenen Routine. „Die Politik entscheidet sich im Zweifel immer für den einfachsten Weg, auf dem der geringste Widerstand droht“, stellt er kritisch in der Ankündigung einer Gesetzesinitiative seiner Partei zur Einführung eines auch die Städte und Gemeinden verpflichtenden Schutzes der Rechte künftiger Generationen fest. Dabei verfehlt er nicht, auf beispielhaftes Verhalten des Landes Schleswig-Holstein hinzuweisen.

Bittererstes Festbeißen in politischen Geschäften allein ist nicht Lindners Sache. „Spaß muss sein“, könnte ebenso als Schlüsselwort im Schulterschluss mit der jungen Generation gelten. So ist er Chef eines Wagenteams bei der Berliner Love-Parade vor zwei Jahren gewesen, hat im letzten Jahr den Nachrichtensender n-tv als Gast mitfahren lassen und will auch in diesem bei der Love-Parade wieder mitmachen. „Events und überraschende Anzeigenmotive sichern Aufmerksamkeit, wenn sie mit Stil und Einfallsreichtum realisiert werden“, heißt es im jüngsten Buch, das Lindner und sein Kölner Geschäftspartner herausgegeben haben. Und so ist Lindner vielleicht auch Teil einer Zielgruppe in der Jugend, auf die es sein FDP-Landeschef Möllemann abgesehen hat. Peter Weigert

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 29. März bis 2. April 2001

29.3. **Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU), 66 J.
30.3. **Helmut Diegel** (CDU), 45 J.
30.3. **Marie-Luise Fasse** (CDU), 53 J.
31.3. **Wolfgang Hüsken** (CDU), 53 J.
31.3. **Ulrich Schmidt** (SPD), 59 J.

1.4. **Christian Michael Weisbrich** (CDU), 59 J.
2.4. **Annelie Kever-Henseler** (SPD), 54 J.
2.4. **Jarka Pazzdiora-Merk** (SPD), 52 J.

★

Harald Schartau (SPD), Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie, hat sein neues Büro im grundsanieren Landeshaus am Horionplatz unmittelbar am Rheinufer in Düsseldorf bezogen. Noch in diesem Monat sollen alle Fachabteilungen unter einem Dach vereint sein. Rund 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministers sind von dem Umzug betroffen. Die Landeszentrale für politische Bildung folgt im Mai. Das 1911 erbaute Gebäude war bis 1999 von der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei genutzt worden. Die ist inzwischen im neu erbauten Stadttor in der Landeshauptstadt untergebracht.

★

Ilse Brusis (SPD), Landtagsabgeordnete und Ministerin a. D. ist neue Präsidentin der Stiftung Kunst und Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Politikerin war im Januar vom Stiftungskuratorium einstimmig zur Präsidentin gewählt worden. Nach ihrem Willen sollen die Medienkunst und eine Unterstützung besonderer Kulturprojekte für Jugendliche stärker in das Blickfeld der Stiftung rücken. Die vielfältige Palette bevorstehender Förderungen der NRW-Kulturstiftung reicht vom Millionenbetrag für den Ankauf eines spätgotischen Gemäldes „Madonna mit Kind“ von Derick Baegert für das Landesmuseum Münster bis zur Unterstützung von Ruhrfestspiel-Inszenierungen. Zudem hilft die Stiftung mit zwei Millionen Mark beim Erwerb einer bedeutenden Sammlung von 60 Plastiken des Surrealisten Max Ernst als Grundstock eines neuen Museums in Brühl. Bereits 56 Bewerbungen liegen für den mit 50 000 Mark bundesweit höchstdotierten Übersetzerpreis vor, den die Stiftung in Kooperation mit dem Übersetzerkollegium Straelen im Juni erstmals vergeben will. 400 000 Mark fließen aus der Stiftungskasse in die auf 27 Bände angelegte Heinrich-Böll-Gesamtausgabe. Zeitgenössische Komponisten sollen sich im Auftrag der Stiftung für das Beethovenfest 2002 in ihren eigenen Werken mit dem Schaffen des Klassikers auseinandersetzen.

★

Hansheinz Hauser (CDU), von 1958 bis 1972 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags, ehemaliger Oberbürgermeister von Krefeld und Vorsitzender des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags (NWHT) ist von der Vollversammlung der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Düsseldorf mit großer Mehrheit für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt worden. Der Bäckermeister aus Krefeld war in den 80er-Jahren mittelstandspolitischer Sprecher und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Burgenland Ruhrgebiet

„Burgenland Ruhrgebiet“ hat das Magazin der RAG Aktiengesellschaft in einem Bericht einmal das Revier genannt. Tatsächlich kennzeichnen nicht nur noch intakte oder inzwischen stillgelegte und zu anderen Zwecken verwandte Industrieanlagen das einst größte Industriereal Europas, sondern auch rund hundert Burgen, Schlösser und Herrenhäuser die Region an der Ruhr. Sie stammen noch aus der vorindustriellen Zeit und sind Zeugen, dass das Ruhrgebiet durchaus eine Geschichte hat, sozusagen eine Vergangenheit vor Kohle und Stahl. Von den Schlössern Lembeck in Dorsten und Werdringen in Hagen bis zur Burg Vondern in Oberhausen oder Schloss Hugenpoet in Kettwig, in dem heute ein renommiertes Hotel untergebracht ist, reihen sich die historischen Bauwerke wie an einer architektonischen Perlenkette. Ein Ausflug durch dieses Burgenland entlang der sanft durch grüne Landschaft mäandernden Ruhr lohnt sich gerade jetzt im Frühling. Auf einem kleinen Hügel ist zum Beispiel in Mülheim das Schloss Broich zu entdecken (Bild), eine alte Wehranlage, die in den 60er- und 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts wissenschaftlich erforscht und dann total restauriert wurde. Nach Anmeldung steht dieses Schloss für Empfänge oder private Feiern offen.

Nicht mehr für das Kammerpräsidium kandidiert hat der ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete und Schornsteinfegermeister **Franz Püll** aus Mülheim a. d. Ruhr. Für ihn rückte in das dreiköpfige Gremium der CDU-Bundestagsabgeordnete und neue Arbeitgeber-Vizepräsident Professor **Wolfgang Schulhoff** ein. Als Vizepräsident der Arbeitnehmerseite wurde der Gas- und Wasserinstallateur **Hans-Josef Claessen** aus Krefeld wiedergewählt.

★

Barbara Klemm, in Münster geborene Fotojournalistin, die seit 1959 für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ tätig ist, hat den Konrad-von-Soest-Preis des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe erhalten. Sie bekam die mit 25 000 DM dotierte Auszeichnung dafür, dass es ihr gelungen sei, „Malerei mit anderen Mitteln zu erzeugen“, wie es in der Laudatio hieß. In Münster ist bis 6. Mai eine Ausstellung mit Porträtfotos von Barbara Klemm zu sehen.

Professor Dr. Dagmar Schipanski, thüringische Wissenschaftsministerin, hat ihr Amt als neue Kuratoriums-Vorsitzende der Europäischen Stiftung für den Aachener Dom aufgenommen. Dagmar Schipanski stehe für den Brückenschlag der Stiftung nach Osten, hieß es in der Begründung zur Wahl. Der Aachener Dom sei vor allem für die Völker in Osteuropa ein Symbol für die europäische Wertegemeinschaft, betonte Frau Schipanski in Aachen. Sie übernahm nach dem Tode des Aachener CDU-Bundestagsabgeordneten **Hans Stercken** dieses Amt. Die Stiftung engagiert sich seit ihrer Gründung 1995 für den Erhalt des Aachener Doms, der seit 1978 zum Weltkulturerbe gehört. Das rund 70 Mitglieder starke Kuratorium unterstützt die Ziele der Stiftung. Zu den Ehrenmitgliedern zählen mit dem spanischen König **Juan Carlos**, dem Großherzog **Jean von Luxemburg** und dem belgischen König **Albert** drei gekrönte Häupter. Von elf Staatsoberhäuptern kommen sechs aus Osteuropa.